Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 6.00, monatlich 2.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 110 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 100 Pfg., Reklamen 320 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 49. Freitag, den 27. Februar 1920. 27. Jahrg.

Stützen der Gesellschaft.

Der Deutsche Landarbeiterverband und der Christliche Landarbeiterverband haben gemeinsam einen Aufruf an die Landarbeiter und Landarbeiterinnen erlassen, der in eindringlichen Worten die Notlage der deutschen Ernährung und die Gefährdung der künftigen Ernte durch ungünstige Witterungsverhältnisse bei der Bestellung darlegt. An diese Tatsachenfeststellung knüpfen die Landarbeiterorganisationen die Aufforderung, daß die Landarbeiter und Landarbeiterinnen alles tun sollten, um den Nahrungsmittelbedarf des deutschen Volkes zu decken, und daß sie insbesondere weit über das tarifvertragsmäßig festgelegte Maß hinaus Ueberstunden für Saat- und Erntezeit machen möchten.

Damit ist die jüngste große Organisation der Arbeiter dem Beispiel ihrer älteren Schwester, der Bergarbeiterorganisation, gefolgt. Die Bewegung der Landarbeiter hielt sich vor dem Kriege in sehr bescheidenen Grenzen, und erst als die Revolution die Fesseln der Landarbeiter zerbrach, wuchs die Zahl der Organisierten auch in diesem Beruf rasch von einigen 30 000 auf einige sechshunderttausend. Trotzdem zeigen auch diese Gewerkschaften bereits alle Merkmale der Einsicht und Reife.

Die großstädtische Presse hat von der Erklärung der Landarbeiter-Organisation kaum Notiz genommen. Die schmutzige Wäsche, die Helfferich und Erzberger waschen, scheint ihr augenscheinlich des Interesses allein würdig. Dabei kann man nicht behaupten, daß über diese persönliche Episode irgendwelche neuen Tatsachen vorliegen. Können Erzberger Steuerhinterziehungen nachgewiesen werden, so ist er natürlich als Minister und Parlamentarier unmöglich und für alle Zeiten erledigt. Aber das wird nicht im Prozeß verhandelt, sondern durch eine besondere Untersuchung aufgeklärt. Von den Angriffen Helfferichs ist heute noch 99 Prozent genau so unbewiesen oder genau so harmlos aufgeklärt, wie am ersten Verhandlungstage. Lediglich in Sachen der Berger-Tiefbau A. G. scheint Erzberger sich eine Inkorrektheit haben zu schulden kommen lassen. Deswegen wird ihn aber die Zentrumspartei, die natürlich in dieser Frage das erste Wort hat, schwerlich fallen lassen.

Doch was kommt es darauf an, ob Herr Erzberger, dessen Tüchtigkeit wir keineswegs unterschätzen, oder ob Herr Mayer Reichsfinanzminister ist: Deutschlands parlamentarische Regierung beruht — im Gegensatz zu Frankreich und England — bisher sehr wenig auf den Ministern und fast ganz auf den geschlossenen Parteien, welche die Mehrheit bilden. Und selbst deren Politik in irgendeiner Steuerfrage ist nichts, garnichts gegenüber den großen Grundlagen des Daseins jedes einzelnen Menschen, gegenüber Kohle und Brot. Der Bürger verlangt vom Staate in erster Linie, daß er ihm eine Lebensmöglichkeit gibt. Im niedergebrochenen Deutschland kann das nach fünf Jahren Krieg für die breiten Massen natürlich nur eine sehr bescheidene Existenz sein. Soweit die Arbeiter an der Regierung es zustande bringen, den Volksmassen eine bessere Existenz zu verschaffen, als andere Parteien oder Berufsgruppen das vermöchten, soweit sind die Arbeiter regierungsfähig; versagen sie dabei, so verwirken sie auf lange Zeit hinaus jeden Anspruch ein maßgebendes Wort in der deutschen Politik zu sprechen.

Bergarbeiter und Landarbeiter haben nun gezeigt, daß sie dasjenige Maß von Selbstentsagung besitzen, das jede regierende Klasse im Dienste der Allgemeinheit aufbringen muß. Der Beschluß der Bergarbeiter, wöchentlich zwei halbe Ueberschichten zu verfahren, und der Beschluß der Landarbeiter, soviel Ueberstunden zu machen, als zu einer guten Aussaat und zur Sicherung der Ernte notwendig ist, ist wahrhaft die Rettung für Deutschland. Ohne Kohle bricht nicht nur die Industrie, sondern auch der Verkehr, die Lebensmittelversorgung und die Hauswirtschaft zusammen, — ohne Brot und Fett kann auch der Bergarbeiter nicht schaffen. Die deutsche Arbeiterklasse ist durch die besten Köpfe des Sozialismus nicht dazu erzogen, rücksichtslose Ellenbogenpolitik zu treiben und unter dem Vorwand des Klassenkampfes das Wohl der Gesamtheit zu Boden zu treten, sondern sie bekennt sich zu der hohen Sittlichkeit, alle Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen und alle Eigensucht dem Wohle der Gesamtheit unterzuordnen. Mit dieser Gesinnung erweist sich die Arbeiterklasse als die einzige wahre Stütze der Gesellschaft, mit ihr wird sie Deutschland retten und ihren Anspruch auf die Führerschaft in Deutschland unerschütterlich verankern.

Deutsche Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung beginnt.

Seitdem die Nationalversammlung unter Sturm vor Weihnachten in die Ferien gegangen ist, war das Plenum mit Ausnahme der wenigen Tage im Januar zur Erledigung des Betriebsrätegesetzes nicht beisammen. Und jetzt ist Ende Februar. Die schwere Arbeit an den neuen Steuergesetzen im Ausschuß zog sich derart hin, daß eine frühere Einberufung nicht viel Sinn gehabt hätte. Die günstige vorläufige Erledigung der Auslieferungsfrage ließ es auch nicht nötig erscheinen, vorzeitig das Plenum einzuberufen.

Auf der Tagesordnung der ersten kurzen Sitzung standen nach altem parlamentarischem Brauch nur Punkte, die sich schnell erledigen lassen. Als wichtigster wohl das Gesetz über den Personenstand, das versucht, den freiheitlichen Grundsätzen der neuen deutschen Reichsverfassung gerecht zu werden, indem es vor allem die Begünstigungen, die im Kriege den unehelichen Kindern von Kriegsteilnehmern gewährt wurden, auf alle unehelichen Kinder ausdehnt. Leider handelt es sich immer noch um die Legitimierung dieser Kinder durch eine nach ihrer Geburt geschlossene Ehe der Eltern. Es wäre nur wünschenswert, wenn möglichst bald, entsprechend der Reichsverfassung, veranlaßt würde, daß die Unterscheidung ehelich oder unehelich fällt. Weiterhin wird, dem Grundsatz „Religion ist Privatsache" entsprechend, auf die Angabe des Religionsbekenntnisses bei der Ausstellung von Geburts-, Heirats- oder Sterbeurkunden verzichtet. Frauen werden künftighin als Standesbeamte zugelassen.

Ein weiterer Gesetzentwurf befaßt sich mit dem Grundsatz der Reichsverfassung: „Reichsrecht bricht Landrecht". Für strittige Punkte wird das Gerichtsverfahren geregelt. Der „Unabhängige" Dr. Cohn verlangte, daß bei solchen Entscheidungen nicht über die Bevölkerung als unmittelbare Interessenten hinweggeschritten werde. Die gesetzgebenden Körperschaften sollen sich eine gewisse Zuständigkeit sichern. Der Verfassungsausschuß wird darüber beraten.

Durch einen Gesetzentwurf sollen die Konsulatsgebühren erhöht werden. Der Deutschnationale Mumm hält den Augenblick für gekommen, zu zeigen, daß er in voller Frische die Ferien überdauert hat. Er zeterte über das Hinausschieben der Wahlen, und als ihn der Präsident bat, zur Sache zu reden, wurde er, da er zur Sache nichts weiß, antisemitisch. Das alte Lied.

Nach schmerzloser einstündiger Arbeit vertagte sich das Haus auf Freitag, doch soll auch an diesem Tage im Plenum erst der Berichterstatter zum Reichseinkommensteuergesetze sprechen, da die Fraktionen sich erst in Sitzungen mit der Materie vollkommen vertraut machen müssen.

*

141. Sitzung.

Donnerstag, den 26. Februar, 3 Uhr.

Am Regierungstisch: Schiffer, Müller, Noske, David, Moesle.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung und gibt ein Telegramm bekannt, in dem deutsche Kriegsgefangene, die wider ihren Willen in fremden Uniformen nach Polen transportiert werden sollten, dem deutschen Vaterlande ihre Treue versichern. (Beifall.) Der Präsident teilt dann mit, daß der Etat nicht vor dem 8. März zu erwarten ist.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung eines Gesetzes über den Personenstand. Hierdurch wird allen unehelichen Kindern, die durch nachfolgende Ehe der Eltern legitimiert worden sind, dieselbe Begünstigung bei der Eintragung in das Geburtsregister zuteil, wie den ehelich gewordenen Kindern von Kriegsteilnehmern. Außerdem wird angeordnet, daß künftighin bei Eheschließungen in der Bekanntmachung des Aufgebots und in der Heiratskunde die Namen der Eltern fortfallen. Auch weibliche Personen sollen als Standesbeamte zugelassen werden. In Durchführung der Grundsätze der Reichsverfassung entfällt bei der Beurkundung von Geburten, Heiraten und Sterbefällen künftigkin die vorgeschriebene Angabe der Religion.

Die Vorlage wird dem Bevölkerungsausschuß überwiesen, da in diesem zahlreiche Frauen sind, und diese an dem Gesetz besonderes Interesse haben.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzes zur Ausführung des Art. 13, Abs. 2 der Reichsverfassung. Die Reichs- und Landeszentralbehörden sind befugt, bei Zweifeln, ob eine landesrechtliche Vorschrift mit dem Reichsrecht vereinbar ist, die Entscheidung eines obersten Gerichtshofes anzurufen. Nach der Vorlage soll nun einer solchen Entscheidung des Reichsgerichtes nicht nur Wirksamkeit zwischen den beteiligten Zentralbehörden, sondern allgemein verbindliche Kraft beigelegt werden.

Abg. Dr. Cohn (US.): Der Zweifel, ob Landes- oder Reichsgesetz, wird rein theoretisch nicht zu lösen sein. Wichtig ist dabei die Mitwirkung der Interessenten. Dazu einen Weg zu finden, ist Sache der Kommission. Es käme vielleicht das Parlament (Nationalversammlung oder Landesversammlung) in Betracht. Ich beantrage Ueberweisung an den Verfassungsausschuß.

Der Gesetzentwurf wird dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes auf Aenderung des Konsulatsgebührengesetzes. Den erhöhten Aufwendungen des Reiches für die Unterhaltung der deutschen Vertretungen im Auslande entsprechend sollen auch die Gebühren erhöht werden.

Abg. Mumm (DN.): Es werden uns eine ganze Reihe mehr oder minder wichtiger Gesetzentwürfe vorgelegt, andere zum Teil recht weittragende werden angekündigt. Angesichts solcher ständig neuen Gesetzeserzeugung muß man einmal grundsätzlich die Frage aufwerfen, zu welchem Zwecke die Nationalversammlung eigentlich gewählt ist. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Nationalversammlung sollte die Verfassung schaffen und andere wichtige Vorlagen erledigen. Das Letztere war aber nur ein Nebenzweck. Nun wird uns in der halbamtlichen „Deutschen Allgemeinen Zeitung" ein überaus weitreichendes Programm von Gesetzesvorlagen mitgeteilt, die alle noch vor den Wahlen zur Erledigung kommen sollen, und dabei wird erklärt, es wäre ein besonders günstiger Fall, wenn wir August dieses Jahres schon zu Neuwahlen kommen können. (Lebhaftes Hört, hört!) Am ersten Tage des Zusammentrittes der Nationalversammlung müssen diese Fragen einmal erörtert werden.

Präsident Fehrenbach: Ich kann nicht einsehen, in welchem Zusammenhange diese Fragen mit der Vorlage stehen, die uns hier beschäftigen.

Abg. Mumm (DN.): Sachlich sind wir mit dem ganzen Gesetze einverstanden. Man sollte die deutschen Vertretungen im Auslande auffordern, der unerwünschten Einwanderung aus Galizien und Rußland entgegen zu wirken.

Reichsaußenminister Müller: Die Wahlen werden nicht hinausgeschoben, aber eine Reihe wichtiger Vorlagen muß erledigt werden, ehe die Nationalversammlung auseinandergeht. Die Vorlage regelt nur die besonders dringlichen Fragen, eine vollständige Umgestaltung des Konsulatswesens erfolgt später.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß.

Es folgt die erste Lesung des Körperschaftssteuergesetzes.

Unterstaatssekretär Moesle, der Stellvertreter des Reichsfinanzministers, weist darauf hin, daß der Steuerausschuß sich bereits grundsätzlich auf den Boden des Entwurfes gestellt habe.

Die Vorlage wird dem Ausschuß überwiesen.

Zahlreiche Bittschriften werden erledigt.

Freitag 3 Uhr: Anfragen — Einkommensteuergesetz.

Schluß ½3 Uhr.

Der Prozeß Helfferich-Erzberger.

TU. Berlin, 26. Februar. Zur heutigen Verhandlung herrscht ein besonders starker Andrang seitens der Zuhörer, da heute Reichskanzler a. D. Dr. Bethmann-Hollweg und andere bedeutende Persönlichkeiten geladen sind. Ueberall herrscht hohe Spannung, als Helfferich das Wort erhält.

Helfferich erklärt zu dem in seiner Broschüre gegen Erzberger erhobenen Vorwurf, dieser habe in der Nationalversammlung vom 8. Juni bei seinen Angriffen gegen ihn bewußt das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Helfferich versucht nachzuweisen, daß die Vorwürfe Erzbergers, er habe sich in seiner Eigenschaft als Staatssekretär der ordentlichen Steuergesetzgebung widersetzt und die Kriegsgewinnsteuer planmäßig abgelehnt, unrecht waren. Er verliest zu diesem Zwecke das Ergebnis einer Konferenz der Finanzminister der Bundesstaaten, die kurz nach seinem Amtsantritt stattgefunden hat. Aus ihr geht hervor, daß die bundesstaatlichen Vertreter sich gegen seinen Antrag auf Erhebung neuer Besitzsteuern ausgesprochen und er (Helfferich) schweren Herzens sich zu den augenblicklichen Handlungen entschließen mußte, mit dem Vorbehalt, daß, falls ein neuer Winterfeldzug notwendig werden sollte, er sich für Dezember eine weitere Entschließung vorbehalte. Dem damaligen Abgeordneten Erzberger habe er von diesem Ergebnis der Beratung Mitteilung gemacht. Was ferner die Kriegsgewinnsteuer betrifft, so habe der Reichstag seine dahingehenden Steuerpläne im Jahre 1916 aus den Vorlagen herausgestrichen. Ueber alle diese Dinge sei der Nebenkläger unterrichtet gewesen. Nach der Besprechung mit den Parteiführern sei damals der Zentrumsführer Spahn zu ihm (Helfferich) gekommen und habe aus einer stattgefundenen Fraktionssitzung mitgeteilt, daß ein Zentrumsabgeordneter von einer Konferenz mit dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg berichtet habe, dieser sei bereit, die Steuervorlagen zurückzuziehen.

Erzberger hält die Behauptung aufrecht, daß sich der damalige Staatssekretär Helfferich der Kriegsgewinnsteuer widersetzt habe. In der Sitzung des Reichshaushaltsausschusses vom 1. Dezember 1915 habe Erzberger darauf hingewiesen, daß die Kriegsgewinne der Zwischenhändler, die in die Millionen gingen, von den Steuervorlagen Helfferichs nicht erfaßt wurden. Der Zeuge erklärt, daß die von Helfferich in seinen Vorlagen vorgesehene Besteuerung der Mehreinkommen nicht genügend war. Im Januar 1916 haben die sozialdemokratischen Abgeordneten Südekum und Keil ihm gegenüber ihre Bedenken geltend gemacht, daß im jetzigen Augenblick indirekte Steuern, wie die Postabgaben usw., vorgeschlagen würden, während andererseits eine ungenügende Besteuerung der großen Vermögen und der Mehreinkommen eingetreten sei. Die sozialdemokratischen Abgeordneten befürchteten nun, daß dadurch der Burgfrieden gefährdet werde. Von dieser Unterredung hat Erzberger dem damaligen Reichskanzler von Bethmann Hollweg Mitteilung gemacht und Bethmann Hollweg habe ihm erklärt, daß der Burgfrieden unter keinen Umständen gefährdet werden dürfe, selbst auf die Gefahr hin, daß die indirekten Steuern zurückgezogen werden müßten; denn die Sozialdemokratie dürfe nicht in die Opposition gezogen werden. Ueber diese Unterredung mit dem Reichskanzler habe er in einer Sitzung des Vorstandes der Zentrumsfraktion Bericht erstattet, und der Abgeordnete Spahn wurde zu Helfferich gesandt, um diesem mitzuteilen, daß der Reichskanzler eventuell bereit sei, die indirekten Steuern fallen zu lassen.

Als Erzberger dann auf die Arbeiten für die Steuervorlagen und besonders auf seine Verdienste um das Zustandekommen der Steuergesetze eingehen will, unterbricht ihn der Vorsitzende mit der Bemerkung, daß dies nicht zur Sache gehöre.

Reichskanzler a. D. v. Bethmann Hollweg gibt darauf in klarer Weise eine Darstellung der Unterredung, die er am 17. Januar 1916 mit dem damaligen Abgeordneten Erzberger gehabt hat. Bereits im Winter 1915/16, als die Steuerpläne des Reichsschatzamtes bekannt wurden, habe der Abgeordnete Erzberger ihm gegenüber wiederholt Einwände gegen die Zweckmäßigkeit der neuen Steuern, namentlich gegen das Verhältnis der indirekten zu den direkten Steuern, erhoben. Er habe Erzberger zugesagt, diese Bedenken mit dem Staatssekretär Helfferich zu besprechen. Als Erzberger am 17. Januar abermals diese Bedenken vortrug, habe er ihn darauf hingewiesen, daß die Steuervorlagen bereits vom preußischen Staatsministerium und vom Bundesrat genehmigt seien. Er habe Erzberger gegenüber klar zum Ausdruck gebracht, daß gerade, weil eine Gefährdung des Burgfriedens durch die Steuervorlagen eintreten könnte, es nunmehr die Pflicht aller vaterländischen Parteien sei, in der Art der Behandlung der Vorlagen im Reichstag alles zu vermeiden, was den Burgfrieden tatsächlich untergraben könnte. Eine Andeutung darüber, daß ich persönlich nicht hinter den Steuervorlagen stände oder sie zurückziehen wollte, habe ich nicht gemacht und hätte ich auch nicht machen können, weil an jenem Tage die Steuervorlagen bereits vom preußischen Staatsministerium und vom Bundesrat unter meiner eigenen Mitwirkung genehmigt waren. Erzberger habe trotzdem weiter gedrängt, die Vorlagen

zurückzuziehen, sodaß er, um diesem Drängen ein Ende zu machen, schließlich unvermittelt ein anderes Thema angeschlagen habe. Kurz nach dieser Unterredung sei Helfferich zu ihm gekommen und habe Kenntnis von den Mitteilungen gegeben, die ihm Dr. Spahn über das Referat Erzbergers in der Sitzung des Fraktionsvorstandes gemacht habe. Eine Konferenz über die Steuervorlagen habe nicht stattgefunden.

Auf eine Frage des Vorsitzenden gibt Herr von Bethmann Hollweg seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß Erzberger ihn nicht mißverstanden haben könne, da ihm genau bekannt sein mußte, daß er die Steuervorlagen, deren Einbringung unter seiner Mitwirkung beschlossen war, nicht zurückziehen würde.

Als Erzberger in einer Frage an den Zeugen die Behauptung wiederholt, daß Herr von Bethmann Hollweg ihm bei der Unterredung am 17. Januar zugesagt habe, die von Erzberger vorgetragenen Bedenken mit dem Staatssekretär des Reichsschatzamtes zu besprechen, erklärt Reichskanzler a. D. von Bethmann Hollweg, daß er dieses in der Besprechung vom 17. Januar unbedingt nicht gesagt habe. Das sei in der Unterredung geschehen, die vorher stattfand, als die Einbringung der Vorlagen noch nicht beschlossen war.

Es wird darauf der Zentrumsabg. Dr. Spahn als Zeuge vernommen. Er macht — für den Pressetisch unverständliche — Aussagen über die Sitzungen des Fraktionsvorstandes, in der Erzberger den Bericht über seine Unterredung mit dem Reichskanzler erstattete.

Zu dem Punkt „Juliresolution" erhält Helfferich das Wort: An der Besprechung im Juni 1916, die Helfferich als Stellvertreter des Reichskanzlers mit den Fraktionsführern hatte, war das Zentrum durch die Abgeordneten Erzberger und Dr. Spahn vertreten. Es lag dem Staatssekretär seinerzeit daran, die Tagung des Reichstages möglichst kurz und glatt zu erledigen. Abgeordneter Erzberger machte in dieser Besprechung seine Zweifel über die Wirkung des U-Boot-Krieges geltend. Er erklärte jedoch auf Befragen Helfferichs, er werde sich hüten, sie in der Oeffentlichkeit zur Sprache zu bringen. Trotzdem erfolgte am 6. Juli der bekannte Vorstoß Erzbergers in der Kommission, von dem er, wie auch der Reichskanzler, vollkommen überrascht wurde. Entgegen der von Erzberger gegebnen Darstellung, als habe er den Reichskanzler und ihm (Helfferich) vorher über das beabsichtigte Vorgehen unterrichtet, erklärt Helfferich, daß dies nicht der Fall war.

Erzberger erwidert, daß er die U-Boot-Frage in der Besprechung mit Helfferich zur Sprache gebracht habe auf Grund eingehender Berechnungen, die ihm von der Firma Thyssen über die Welttonnage zugegangen waren. Aus diesem Material gingen groß: Rechenfehler des Admiralstabes hervor. Die Berechnungen habe er an die Admiralität zur Rückäußerung gesandt. In der Besprechung mit Helfferich habe er, Erzberger, wiederholt erklärt, daß er seine weitere Stellung zu der Kriegführung von der Antwort der Admiralität abhängig machen müsse. Er habe in jenen Tagen wiederholt mit den maßgebenden Stellen über die ganze Angelegenheit gesprochen, so besonders mit dem Gesandten von Bergen, der als Mittelsperson bei dem Verkehr mit dem Reichskanzler galt. Der Grund der Friedenskundgebung sei der Wunsch gewesen, im Reichstage eine Mehrheit für die Bewilligung der Kredite zu gewinnen. Die Antwort der Admiralität sei durchaus nichtssagend gewesen.

Auf die wiederholten Fragen Helfferichs wie auch von seiten des Vorsitzenden erklärt Erzberger, daß von einer bevorstehenden Aktion zugunsten eines Verständigungsfriedens wiederholt die Rede war.

Rechtsanwalt Alsberg stellt die bestimmte Frage an Erzberger, ob er dem Reichskanzler vorher von den Ausführungen Kenntnis gegeben habe, die er in der Kommission über den U-Boot-Krieg machen wollte und von der beabsichtigten Friedensresolution.

Hierauf erwidert Erzberger, daß er von der Resolution nicht gesprochen habe.

Rechtsanwalt Alsberg erklärt: Der Angeklagte hat also recht, wenn er dem unvereideten Erzberger den vereideten gegenüberstellt. Der unvereidete hat in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" behauptet, daß der Reichskanzler von der Juliresolution vorher unterrichtet war; der Reichskanzler von Bethmann Hollweg habe die Resolution als Kampfmittel gebilligt.

Zeuge Dr. Spahn berichtet hierauf über die Besprechung Helfferichs mit den Vorsitzenden der Fraktionen. Dabei wurde auch der U-Boot-Krieg besprochen, und der Abgeordnete Erzberger legte damals eine Information aus Amsterdam vor, in der die Angaben der Admiralität über die Wirkungen des U-Boot-Krieges widerlegt wurden. Staatssekretär Helfferich habe ausdrücklich gefragt, ob diese Zahlen in der Haushaltskommission des Reichstages zur Sprache kommen würden, was Erzberger verneint habe. Auf die von Erzberger behauptete Tatsache, daß die Sozialdemokraten gegen die Kredite stimmen wollten, und daß bei einer Probeabstimmung der Sozialdemokraten eine Mehrheit gegen die Kredite festgestellt wurde, entsinnt sich der Zeuge nicht. In seinen weiteren Ausführungen, die von Fragen des Vorsitzenden und beider Parteien wiederholt unterbrochen werden, sagt Spahn aus, daß **die Zentrumsfraktion von dem beabsichtigten Vorstoß Erzbergers nicht unterrichtet** war, jedenfalls sei er von den Ausführungen Erzbergers in der Kommission am 8. Juli direkt überrascht gewesen. Spahn bestätigt die Auffassung Helfferichs, **daß Erzbergers Vorstoß damals wie eine Bombe gewirkt** habe.

Der Angeklagte Helfferich stellt unter Beweis, daß der Beschluß der Zentrumsfraktion, in der die Stellung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg als unhaltbar bezeichnet wurde, am 13. Juli nachmittags gefaßt worden sei, während der Abgeordnete Erzberger dem Kronprinzen bereits am 13. Juli vormittags mitgeteilt habe, daß ein dahingehender Beschluß gefaßt worden sei.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nach der Mittagspause wird die Vernehmung des früheren Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg zur Friedensresolution wieder aufgenommen. Bethmann Hollweg sagt aus: Erzberger hat mit mir die Absicht einer Kundgebung, wie sie später in der Friedensresolution zutage trat, weder besprochen, noch mit mir vereinbart. Erzberger wußte, daß die Regierung nach wie vor auf dem Standpunkt stand, daß wir uns in einem Verteidigungskrieg befänden. Er hat aber weder die Friedensresolution vereinbart, noch mir von der Absicht seines Vorstoßes etwas mitgeteilt, sondern im Gegenteil noch am 30. Juni hat Helfferich gesagt: Seitens des Zentrums liege nichts vor, die Reichstagstagung werde völlig ruhig verlaufen. Umso mehr war ich nachher durch Inhalt und Form der Rede Erzbergers vollkommen überrascht.

Es wird hierauf der frühere Staatssekretär Dr. Solf vernommen. Mitte Juli 1917 bat ich Herrn Erzberger zu mir in das Kolonialamt. Herr Erzberger sprach mit einer staunenswerten Offenheit über alle Dinge. Er war der Ansicht, daß wir zu einer Verständigung kommen müßten und kündigte eine derartige Aktion im Reichstag an.

Vors.: In welcher Form?

Zeuge: Durch einen Vorstoß gegen den U-Boot-Krieg und unsere äußere Politik. Er bezeichnete die Haltung der Regierung in der belgischen Frage als ein Haupthindernis für die Verständigung.

Helfferich: Glauben Sie, daß Erzberger damals mit Ihnen über seinen beabsichtigten Vorstoß gesprochen hat, damit Sie Herrn v. Bethmann Hollweg unterrichten sollten?

Zeuge Dr. Solf: Das glaube ich kaum.

Unterstaatssekretär a. D. Lewald, der nunmehr als Zeuge vernommen wird, unterstreicht, daß Erzberger zugesagt habe, es werde alles glatt gehen.

Abgeordneter Dr. Stresemann sagt aus, er habe Erzberger gefragt, was er eigentlich beabsichtigt habe, ob er Bethmann habe stürzen wollen. Hierauf habe Erzberger erwidert, er wolle Bethmann beseitigen. (Große Bewegung im Zuhörerraum.)

Helfferich macht noch auf eine Unterredung Erzbergers mit dem Kronprinzen am 12. Juli aufmerksam. Hierbei habe Erzberger gesagt, Bethmann verpasse jede Konjunktur. Er könne mit Amerika keinen Frieden schließen, höchstens nach Wilsons Abdankung, nämlich 1921.

Erzberger, der sich hierauf erst nicht recht besinnen konnte, erklärt, die Sache könne richtig sein.

Bethmann Hollweg, nochmals aufgerufen, bestreitet mit aller Entschiedenheit, daß Erzberger ihm seine veränderte Stellungnahme mitgeteilt habe. Mit erhobener Stimme fährt er fort: Sie, Herr Erzberger, sind jeder Aeußerung bei den Unterredungen damals ausgewichen. Es muß ein Gedächtnisfehler bei Ihnen vorliegen, wenn Sie hier behaupten, mir gesagt zu haben, die Opposition gegen mich sei im Wachsen begriffen und meine Stellung nicht zu halten.

Bethmann bat dann noch nachher den Vorsitzenden, folgende Erklärung abgeben zu dürfen:

Es wird behauptet, ich hätte den Verkehr zwischen der Obersten Heeresleitung und den Parlamentariern verhindert. Ich lege Wert darauf, zu erklären, daß diese Behauptung unrichtig ist. Ich habe allerdings dem Kaiser gesagt, daß ich es nicht für richtig halten würde, wenn wegen der Erzbergerschen Friedensresolution zwischen der Obersten Heeresleitung und den Parlamentariern verhandelt würde. Denn es wäre dies eine politische Angelegenheit und somit Sache des Kanzlers, die Angelegenheit zu behandeln. Dieser meiner Ansicht ist der Kaiser auch beigetreten.

Darauf wurde die Sitzung auf Montag vertagt.

Ein Franzose gegen Versailles.

In der „Haagschen Post" behandelt der französische Journalist Jean Herbette in einem längeern Artikel die Revidierung des Versailler Friedens und macht Vorschläge für den Wiederaufbau Deutschlands. Er fordert:

1. **Rückgabe der Handelsflotte an Deutschland;**
2. **Rückgabe eines Teiles der deutschen Kolonien;**
3. **Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau Rußlands und der Türkei.**
4. **Internationale Regelung der Währungsfragen.**

Jean Herbette gilt als einflußreicher Pariser Journalist und hat sich bisher immer als hartnäckiger Chauvinist gezeigt. Umso überraschender wirken seine Vorschläge. Selbstverständlich entspringen sie nicht dem reinen Gefühl der Menschenliebe, sondern stellen einen Versuch dar, mit Deutschland ein Sondergeschäft auf Kosten Englands abzuschließen.

Eine Erklärung der deutschen Generale und Admirale.

Donnerstag fand in Berlin wieder eine Sitzung von Generalen und Admiralen statt, in der, wie die „Telegraphen-Union" erfährt, folgende Erklärung abgegeben wurde:

Wir unterzeichneten Generale und Admirale erklären nochmals, daß wir **weder jetzt, noch zukünftig uns einem fremden Gericht stellen** werden. Wir halten dies für jeden deutschen Soldaten vom General bis zum jüngsten Musketier mit unserer soldatischen Ehre und dem Gefühl unserer persönlichen Ehre für nicht vereinbar. Wir stellen fest, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes in dieser Frage unsere Ansicht teilt. Zu dem deutschen Richter haben wir das unbedingte Vertrauen, daß er allein nach deutschem Recht verfahren und urteilen wird. Einem Verfahren, das diesen Grundsätzen entspricht, werden wir uns nicht nur stellen, sondern wir erwarten, nachdem wir wissen, was der Feind uns vorwirft, daß es unverzüglich zur Wahrung der deutschen und unserer eigenen Ehre durchgeführt wird. **Wir erklären, daß wir für alle unseren Untergebenen erteilten Befehle die volle Verantwortung tragen und übernehmen.** Wir erklären ausdrücklich, daß wir nur ein deutsches Recht und als höchste Instanz das Reichsgericht in Leipzig anerkennen. Wir sind uns bewußt, daß die Antwortnote der Entente vom 16. Februar 1920 einen neuen Angriff gegen das deutsche Volk und seine Souveränität darstellt.

v. Boehn, d'Elsa, v. Falkenhayn, v. Hänisch, Hammer, v. Heeringen, v. Hutier, v. Ingenohl, Koch, v. Kluck, v. Lochow, Ludendorff, Freiherr v. Manteuffel, v. Quast, Reitzenstein, Scheer, v. Schröder, v. Tirpitz, Wichura, v. Winkler, v. Twehl.

NS. Die Forderung nach einer Gegenliste ist von den Generälen nicht erhoben worden, weil sie dies als eine Forderung ansehen, die vom gesamten deutschen Volke zu erheben ist.

Unsere Gefangenen in Rußland.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Die Verhandlungen über die gegenseitige Heimschaffung der Gefangenen mit dem Vertreter der Sowjet-Republik haben begonnen und werden mit aller Beschleunigung fortgeführt, so daß in Kürze mit der Unterzeichnung des Abkommens gerechnet werden kann. Indessen muß stets berücksichtigt werden, daß die zu überwindenden technischen Schwierigkeiten noch keine Bestimmung eines Zeitpunktes zulassen, wann mit dem Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen mit Sicherheit zu rechnen ist.

Ein Protest der Südslawen.

Die rumänische, tschecho-slowakische und südslawische Friedensdelegation erhoben bei der Botschafterkonferenz in einem Memorandum gegen mehrere Bemerkungen der ungarischen Friedensdelegation Protest, namentlich gegen die Aeußerung, daß es sich bei den drei Staaten um eine niedere Rasse handelte.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Musterpatrioten.

Die „agrarischen Renommierpatrioten", wie Helfferich in seiner demokratischen Zeit die Rechtsparteien genannt hat, zeigen sich wieder einmal in bengalischer Beleuchtung in einer Notiz der „Deutschen Tageszeitung" (Nr. 105), welche lebhafte Freude darüber äußert, daß eine französische Kommission die deutschen Wirtschafts- und Steuergesetze auf Oberschlesien nicht mehr anwenden läßt. Die kurzsichtige Klassen- und Parteipolitik der Regierung liefere selbst das Material für deutschgegnerische Stimmen im Abstimmungsgebiet. Wir unsererseits finden, daß schamloser der Eigennutz von Kapitalisten, die ihrem Geldbeutel zuliebe ihr Land verraten, noch niemals verherrlicht worden ist.

Die tapferen Demokraten.

Es scheint fast so, als wenn die Zustimmung der Demokraten zum Betriebsrätegesetz eine gewisse Krise innerhalb der Partei ausgelöst hätte. Es ist ja bekannt, daß nicht alle Mitglieder der demokratischen Partei auch wirklich Demokraten sind. Viele sind dabei, die nur mit Grauen sehen, daß ein sozialer Geist die neue Partei durchweht. Bis jetzt haben sie sich allerdings mit den Neuerungen in unserem politischen und wirtschaftlichen Leben abgefunden, wenn auch nur schweren Herzens. Die Stellungnahme der Demokraten zum Betriebsrätegesetz scheint jedoch verschiedenen Leuten Anlaß gegeben zu haben, die Farbe zu wechseln und zur Deutschnationalen Partei hinüber zu laufen. So lesen wir wenigstens in der „Deutschnationalen Korrespondenz", die aus Sachsen meldet, daß die als „Partei des Bürgertums" gegründete demokratische Partei immer mehr ins sozialistische Fahrwasser gerate, und daß diese Erkenntnis sich auch allmählich bei den Mitgliedern der Partei bemerkbar mache. In den demokratischen Hochburgen Nossen und Siebenlehn habe kürzlich der deutschnationale Abgeordnete Philipp eipen Vortrag gehalten, der genügte,

„den ganzen stolzen Bau der Demokratischen Partei dort wie ein Kartenhaus zusammenfallen zu lassen. Angesehene Vertreter aus Industrie und Handwerk, teilweise Vorstandsmitglieder des demokratischen Vereins, zogen unter Führung des Fabrikbesitzers Otto Putzger (Nossen) die praktischen Folgerungen aus dem Verhalten der Demokratischen Partei und erklärten offen ihren Austritt aus der Partei. Sie wurden auch die Gründer einer starken städtischen Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei, die es mit Unterstützung des umliegenden Landes in wenigen Tagen auf mehrere Hundert eingeschriebene Mitglieder brachte, sodaß die einstigen Hochburgen der Demokratie Nossen-Siebenlehn heute nur noch als Ruinen erkennbar sind."

Sie können also ihre Herkunft nicht verleugnen, die tapferen demokratischen Industriebarone und Handwerksmeister. Es geht ihnen, wie den Patrioten des alten Deutschlands: sobald es an den Geldsack ging, war es bei denen mit dem Patriotismus vorbei und bei den sich demokratisch gebärdenden Herren scheint es bei der gleichen Gelegenheit vorbei zu sein mit der Demokratie. Trotz alledem aber wird man die Errungenschaften der Revolution, die sich in der Demokratie ausdrücken, nicht beseitigen können. Jeder Widerstand wird die Arbeiterschaft auf den Plan rufen, die in geschlossener Front ihre in schwerem Kampf erworbenen Rechte zu verteidigen wissen wird.

Ein Faschingsscherz.

In der Leipziger Zeitschrift „Deutscher Müller" lesen wir, daß nach Versicherung aus parlamentarischen Kreisen Sozialdemokraten die Ueberzeugung gewonnen haben, daß Deutschland mit der Getreidezwangswirtschaft der Katastrophe entgegen geht. Die Sozialdemokraten sollen sich deshalb mit der Absicht tragen, in der Nationalversammlung den Antrag zu stellen, die Zwangsbewirtschaftung des Brotgetreides aufzuheben", um dadurch die Verantwortung für den kommenden Zusammenbruch" von sich abwälzen zu können.

Wir zweifeln nicht daran, daß der „Deutsche Müller" sehr sachverständig für die Ausmahlung von Weizen und Roggen ist. Aber die „politische Ausmahlung" sollte er lieber anderen überlassen. Er fördert sonst, wie man sieht, eine etwas arge Kleie zutage. Nicht die Sozialdemokraten, wie überhaupt die Mehrheitsparteien, wälzen die Verantwortung für die zukünftige Entwicklung von sich ab. Das ist vielmehr den argarischen Führern Ostelbiens vorbehalten geblieben, die sich beharrlich weigern, Garantien irgendwelcher Art für Erfüllung übernommener Verpflichtungen zu übernehmen, falls etwa das von ihnen selbst bis vor kurzem mit allen Mitteln propagierte System der freiwilligen oder genossenschaftlichen Produktenaufbringung eingeführt würde. Hat doch beispielsweise Herr Jany von der Deutschen Kartoffelbaugesellschaft unlängst gelegentlich der Vertretung der Forderung auf Kartoffelfreigabe ganz ehrlich erklärt, daß die Produzenten natürlich irgendwelche Zusagen dafür, daß die Bevölkerung nun auch Kartoffeln bekommen würde, nicht machen könnten. Ja er schmückte diese Bemerkung noch mit dem reizvollen Zusatz aus, daß das Ausland ein sehr starkes Verlangen nach unseren Saatkartoffeln trüge, und daß sich diese Kartoffeln sehr gut zur Exportware eignen würden. (!) Also der „Deutsche Müller" kann sich beruhigen, ein deutscher Sozialdemokrat fällt auf eine derartige wirklich nicht sehr geistvolle Pressemache nicht hinein, und wir trauen auch den Lesern des „Deutschen Müllers" soviel politisches Verständnis immerhin noch zu, daß auch sie ihre geschäftlichen Maßnahmen nicht nach derartiger Weißheiten ihres Fachorgans einrichten.

Eine merkwürdige Wette.

Den Antisemiten ist jedes Mittel recht. Mitunter allerdings bedienen sie sich zu ihrer volkszersetzenden Tätigkeit eines Mittels, das sie letzten Endes selber trifft. So erzählt der berüchtigte antisemitische „Hammer" des bekannten Herrn Theodor Fritsch folgendes sich nicht gerade durch Originalität auszeichnende Geschichtchen:

„Im Frühjahr 1917 befand sich bei der Trainersatzabteilung 13 in Ludwigsdorf ein Jude namens Franz Kaufmann, natürlich als Schreiber auf dem Dienstzimmer. So oft der betreffende Jude nun ins Feld kommen sollte, wettete er mit seinem Wachtmeister um 1000 Mk., daß er diesmal gewiß hinaus komme. Um die Wette zu gewinnen, wußte der Wachtmeister verschiedene Male das Unheil abzuwenden."

Es geht doch nichts über ein intelligentes Antisemitenhirn! Der Jude, der sich mittels dieser Wette drücken wollte, wird natürlich nach altem Rezept verbrannt. Wie aber steht es mit dem Herrn Wachtmeister? Ob er auch Jude war, verrät uns der saubere Herr Fritsch nicht. Da es jedoch nicht anzunehmen ist, so müssen wir zu unserem Bedauern feststellen, daß es auch unter den Angehörigen der arischen Rasse bestechliche Subjekte gibt.

Die schwere Wirtschaftslage in Bayern.

Im Landtage richtete der Landwirtschaftsminister aufs neue eine ernste Mahnung an die Bauern, weil die bayerische Landesgetreidestelle von einem Tag auf den andern kaum wisse, wie sie den Brotgetreidebedarf aufbringen soll.

Kleine politische Nachrichten.

Die Botschafterkonferenz beschloß, daß die Bewohner der Stadt Memel diplomatisch von Frankreich vertreten werden sollen. Warum nicht gleich von den Batokuden?

Wie die „Ostdeutsche Rundschau" berichtet, ist der Gewerkschaftsführer Paul Stößel, der am Freitag auf Veranlassung des (polnischen) Oberkommandanten in Posen verhaftet wurde, aus der Haft entlassen und bereits wieder in Bromberg eingetroffen.

Nach Ankündigung des Reichsministers Koch wird sich unter den kommenden Schulgesetzen auch ein Gesetz über die Lehrmittelfreiheit befinden.

Die bayerische Regierung hat sich an das Reichsbankdirektorium mit dem Ersuchen um schleunige Ausprägung von Ein- und Zweipfennigstücken gewendet, damit dem Kleingeldmangel abgeholfen werde.

In dem Prozeß gegen Oltwig von Hirschfeld, der vom Schwurgericht wegen des Attentats auf Erzberger zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt wurde, wird der Verteidiger Revision beim Reichsgericht einlegen.

Im Haushaltsausschuß des badischen Landtages teilte Finanzminister Wirth mit, die jetzt abgeschlossenen Verhandlungen wegen der Uebernahme der bundesstaatlichen Eisenbahnen durch das Reich seien für Baden günstig. Das Reich übernimmt die gesamten Defizite der Kriegszeit.

Sonnenfeld junior (Sklarz-Affäre) ist nunmehr nach Deutschland ausgeliefert worden und in Berlin eingetroffen. Mit ihm kam Fräulein Schlack an, die aber aus der Haft entlassen worden ist.

Der norwegische Parlamentsausschuß befürwortete den Eintritt Norwegens in den Völkerbund mit 10 gegen 2 Stimmen.

Ramsey Macdonald ist von der Arbeiterpartei in Aberavon einstimmig zu ihrem Kandidaten für die nächsten Wahlen ernannt worden.

In den englischen Häfen liegen über hundert schwedische Schiffe, die nicht bunkern können, da England die Kohlenausfuhr nach Schweden eingestellt hat.

Der „Messaggero" meldet aus London: Die Konferenz der Ministerpräsidenten hat beschlossen, die nächste Tagung in Rom abzuhalten, was für Italien eine moralische Genugtuung und in bezug auf die Verhandlungen in der Adriafrage auch einen praktischen Vorteil bedeutet.

Der spanische Kriegsminister wurde ermächtigt, bei der englischen Regierung Kriegsmaterial im Werte von 8 Millionen Pesetas zu kaufen.

Frankreich.

Eisenbahnerstreik in Paris.

TU. Paris, 26. Februar. Die Delegierten der Eisenbahnergewerkschaften des Seine-Departements traten am Mittwoch nachmittag in der Arbeitsbörse zusammen. Nach sehr lebhafter Aussprache wurden zwei Abordnungen zum Eisenbahnerbund geschickt, damit dieser ein Mitglied zur Tagung sende. Dieses Ersuchen ist abgelehnt worden. Trotzdem der Generalschreiber der Eisenbahner sich am Mittwoch morgen geweigert hatte, den Generalstreikbefehl ergehen zu lassen, faßten die Delegierten hierauf den Beschluß, die Arbeit sofort niederzulegen, was beim Betriebspersonal sofort, bei den Lokomotivführern und Heizern am 26. Februar 1 Uhr morgens geschehen sollte. Der Verkehr von Paris nach den Vororten soll für Mittwoch abend gesichert gewesen sein. Dieser Beschluß, die Arbeit einzustellen, wurde um 6 Uhr abends vom Betriebspersonal durchgeführt. Das Werkstätten- und Zugpersonal in Paris und Umgebung beteiligt sich zu etwa 50 Prozent, in Dijon zu ⅔, in Lyon zu 50 Prozent und in den übrigen größeren Städten zu je ⅓ an dem Streik. In Marseille selbst ist die Bewegung noch unbedeutend. Die Paris-Lyon-Marseiller Eisenbahngesellschaft rechnet damit, den Dienst am Donnerstag wieder wesentlich verbessern zu können.

Spanien.

Der Syndikalismus in Saragossa.

Nach der „Times" hat der Syndikalismus in Saragossa eine terroristische Form angenommen. Bei einem Kellnerstreik wurde eine Bombe in ein Kaffee geworfen. Zahlreiche Gäste wurden verwundet.

England.

Kein Urlaub für die Engländer in das unbesetzte Deutschland.

Wie die „Cologne Post" mitteilt, wird britischen Offizieren und Mannschaften kein Urlaub in das unbesetzte Deutschland gewährt. Gegen jeden Offizier oder Mann, der jenseits der Postenlinie, wie sie vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages bestand, befunden wird, wird disziplinarisch vorgegangen werden.

Die Ersatzwahl in Paisly.

Der unionistische Koalitionskandidat Macklean hat bei der Wahl in Paisly, bei der Asquith siegte, weniger als ein Achtel der Stimmen erhalten. Infolgedessen wird er 550 Pfund Sterling bezahlen müssen. Es ist das erstemal, daß das in der Koalition vorkommt.

China.

Vor neuen Unruhen.

Nach Zeitungsmeldungen bereitet der Süden Chinas Operationen gegen den Norden vor. Wenn sich die Anhänger der nordischen Regierung, die sich kürzlich gebildet hat, nicht damit einverstanden erklären, die Verhandlungen unter den von den Südstaaten geforderten Bedingungen aufzunehmen, würden sich diese Humans bemächtigen und würden sich mit den Streitkräften des kommandierenden Generals der Aufständischen verbinden.

Vereinigte Staaten.

Der Nachfolger Lansings.

Bainbridge Colby, einer der Führer der fortschrittlichen Partei unter Roosevelt wird Lansing als Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten folgen.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Freitag, 27. Februar.

Produktionsfördernde Ernährungspolitik. Zu den Ausführungen des Geheimrats Dröscher, in der Sitzung des Landesversorgungsamtes wird uns von einem Teilnehmer geschrieben: Die ganze Bevölkerung wird Genugtuung empfinden, wenn die Regierung sich geeigneter Mittel zur Erreichung dieses Zieles bediente. Was aber nach Geheimrat Dröscher in gewissen leitenden Stellen unter produktionsfördernder Ernährungspolitik verstanden wird, ist nur ein Zugeständnis an die Produzenten, Preissteigerungen über Preissteigerungen vorzunehmen. Die bekannte Anreizpolitik soll die produktionsfördernde Ernährungspolitik sein. Wie lange das schon durch die entbehrungsreichen Kriegsjahre geschwächte Volk dieser Art Ernährungspolitik standhalten kann— darüber macht man sich in bestimmten Kreisen keine Sorgen. Man spreche doch nicht immer von den armen Fischern und armen Landleuten, sondern achte auch die hungrigen Mägen der übrigen Bevölkerung. Wenn man schon heute den Produzenten — in diesem Falle den Fischern — enorme Preise zubilligt mit dem Hinweis auf die in späterer Zeit eintretende vielfache Verteureung der zum Gewerbe benötigten Materialien, so darf man sich nicht wundern, daß die Produzenten der Materialien demnächst wirklich die gedachten hohen Forderungen für ihre Fabrikate erheben — einerlei ob nötig oder nicht. Es ist ja alles vorbereitet für die Einheimsung des Verdienstes. Wird dieses Prinzip der Volksfürsorgepolitik erweitert, dann wird das deutsche Volk einen baldigen Wiederaufbau seiner Existenz nicht erleben.

Die Angestellten der Lübecker Metallindustrie befaßten sich Mittwoch mit dem Tarifvertrag. Herr Weingärtner vom Werkmeisterverband empfahl die Annahme der Vereinbarungen. Seitens der weiblichen Angestellten wurde entschieden Verwahrung dagegen eingelegt, daß die Gleichstellung der weiblichen Arbeitskraft mit der männlichen nicht erreicht worden sei. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der sie sich im Prinzip mit dem vorgelegten Tarifvertrag einverstanden erklärt. Es wird jedoch erwartet, daß auf dieser Grundlage sofort Verhandlungen mit denjenigen Firmen der Industrie eingeleitet werden, die von diesem Tarif nicht erfaßt sind. Ferner wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Gehaltssätze den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen; es erscheint aber angebracht, um die Verhandlungen abzuschließen, den Tarif anzuerkennen, und die Verhandlungskommission zu beauftragen, sofort über einen angemessenen Teuerungszuschlag zu verhandeln.

Seeleute und Schiffsauslieferung. Die dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Lübeck, angehörigen Seeleute nahmen am Mittwoch in einer gut besuchten Versammlung ebenfalls gegen die bevorstehende Ablieferung deutscher Schiffe an die Entente Stellung. In einem an das Auswärtige Amt gerichteten Telegramm bekunden sie, daß die deutsche Wirtschaft, die sich mühselig gegen Rohstoffmangel, Arbeitslosigkeit und Unterernährung aufrafft, ganz dadurch zugrunde gehe und neue Unruhen zu befürchten sind. Der Wert der Schiffe wird doch nur auf die große Entschädigungssumme angerechnet. Wenn Deutschland die Schiffe behält, können wir vielmehr für den Wiedergutmachungsfonds erarbeiten, als der Wert der Schiffe jetzt ausmacht.

Für die zur Abstimmung in der zweiten Zone Reisenden fährt ein Extrazug am 13. März morgens 8.40 Uhr von Neubrandenburg ab, trifft 12.40 Uhr in Lübeck ein und fährt 1.40 Uhr weiter. Hier in Lübeck wird also das Mittagessen eingenommen. Der Zug ist abends 7.28 Uhr in Flensburg. Zur Rückreise läuft ein Extrazug am Dienstag, dem 16. März, um 10.22 Uhr aus Flensburg und ist nachmittags 4.14 Uhr in Lübeck, woselbst der Kaffee eingenommen wird, und geht 5.10 Uhr weiter nach Neubrandenburg. Beide Extrazüge gehen über Eutin und Kiel.

Erhöhung der Bahnsteigkarten- und Gepäckaufbewahrungsgebühren. Vom 1. März ab werden nicht nur die Fahrkarten um 100 Prozent teurer, sondern auch die Bahnsteigkarten kosten fortan vierzig Pfennige. Die Gebühr für Gepäckaufbewahrung beträgt für jedes Stück für die beiden ersten Tage zusammen 60 Pfennig, für jeden folgenden Tag weitere 60 Pfg., der Preis für Fahrradkarten wird auf 1,60 Mk. erhöht. Im Expreßgutverkehr werden die bisherigen Mindestsätze ebenfalls verdoppelt und betragen künftighin 3 bezw. 6 Mark.

Fremder Besuch. Mittwoch abend trafen auf dem Flugplatz Blankensee vier Offiziere der Ententekommission ein, um nach den Ausführungsbestimmungen des Friedensvertrages die Durchführung des Paragraphen betr. Auslieferung oder Vernichtung noch vorhandener Flugzeuge und Flugzeugmaterial zu überwachen. Die Kommission ist Donnerstag wieder abgereist.

Zur Schiffsauslieferung. Der Reederverein zu Lübeck sandte an das Auswärtige Amt ein Telegramm, das sich inhaltlich mit dem von der Handelskammer abgeschickten deckt. Es wird gesagt, die Stimmung der Seeleute lasse angesichts der kommenden Arbeitslosigkeit neue Unruhen mit Sicherheit erwarten. Der Reederverein bittet, die Ablieferung abzuwenden oder doch auf das äußerste Maß zu beschränken. Der hiesige Hafenarbeitgeber-Verband hat eine ähnliche Kundgebung an das Auswärtige Amt gerichtet.

Der Hund mit dem Kalbfell. Von einem Anwohner der Gloxinstraße wurde ein Kalbfell auf dem Schlachthofe abgegeben, das er einem Hunde in der Adlerstraße abgenommen hatte. Das Fell ist im Schlachthofe aufbewahrt, wo der rechtmäßige Eigentümer sein Eigentumsrecht an dasselbe geltend machen kann.

Die Kraftverkehrsgesellschaft Nordmark will vom 10. März ab eine Autolinie Schlutup—Schönberg—Rehna einrichten. Die Autos sollen Anschluß an die letzten Straßenbahnwagen von Lübeck haben.

Einsteins naturwissenschaftliche Entdeckungen wird der Physiker Joachim Bellachini gelegentlich seines Demonstratoins-Vortrages „Der Mensch vor 100 000 Jahren" im Stadttheater behandeln, insbesondere auf die Relativitäts-Theorie des berühmten deutschen Gelehrten besonders eingehen, um dem Laien ein Bild dieser, die seltsamsten Widersprüche aufklärenden und unsere Gedankenwelt umwälzenden Lehre zu geben. Es findet nur dieser eine Vortrag (mit 100 farbigen Lichtbildern und Mikro-Projektion) am Sonnabend, dem 28. Februar nachmittags ½5 Uhr statt. Karten an der Theaterkasse.

Travemünde. Die Rennen in Travemünde sollen nach Meldungen auswärtiger Blätter in diesem Jahre am 22. und 24. August stattfinden und im Anschluß daran auch die Reit- und Fahrturniere. Da die Bahn fünf Jahre nicht benutzt worden ist, ist sie in einen unbrauchbaren Zustand geraten. Der Lübeck-Travemünder Rennklub hat daher schon jetzt damit begonnen, die Bahn neu herrichten zu lassen. Auch neue Hindernisse werden gebaut.

Angrenzende Gebiete.

s. **Rensefeld.** Gemeinderatssitzung. Die vom Gen. Schmidt vor dem Eintritt in die Tagesordnung vorgetragene Bitte, sich kurz zu fassen und die Verhandlungen möglichst abzukürzen, fallen auf schlechten Boden, denn die Sitzung dauert wieder von 7 Uhr bis gegen Mitternacht. Punkt 1: Brückenbau über die Kurau bei Horsdorf: Der Bau wird dem Zimmermeister E. Meyer-Rensefeld übertragen für die Summe von 16 596,23 Mk. Ein Sachverständiger der Regierung soll den Bau überwachen. Der Gemeinderat beschließt, für den Bau eine Anleihe bis zu 20 000 Mk. aufzunehmen, verzinslich zu 5 Proz., doch so, daß Zins und Abtrag jährlich gleich sind; abzutragen in 25 Jahren. Die Bitte des Vorsitzenden der Kleinkinderschule um einen Zuschuß von 2000 Mk. soll auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden. Für den Ausbau der Lindenstraße zur Chaussee liegt ein Plan der Regierung vor. Es soll mit dem Bau sofort begonnen werden, Gemeindehausverwalter Kahl soll die Vorarbeiten beaufsichtigen. Dieser Bau und der Weg Horsdorf-Kl. Parin erfordern eine Anleihe bis zu 120 000 Mk.; abzutragen in 40 Jahren. Der Antrag Schmidt betr. zeitgemäße Aenderung der Lehrpläne der Schulen in Geschichte und Religion soll der Regierung übermittelt werden. In einem Schreiben des Kreisschulinspektors wird der Gemeinderat aufgefordert, mit dem Kirchenvorstand in Unterhandlungen einzutreten wegen Ausbaues der Pastoratsscheune zu Schulklassen. Im Falle der Weigerung wird man wohl wie in Kurau zur Enteignung schreiten, und wir haben begründete Aussicht, endlich einmal wenigstens etwas aus dem Elend herauszukommen. Den Schluß der Versammlung bilden Armen-, Wertzuwachs- und sonstige Mitteilungen und die Belieferung der Schulen mit freien Lernmitteln. Der letzte Punkt verursacht in dieser Zeit der Materialknappheit ungeheure Arbeit und ungeahnte Kosten.

Segebreg. Beschlagnahmte Fleischsendung. Auf dem Bahnhof der Kiel—Segeberger Kleinbahn wurde eine größere Partie Rindfleisch beschlagnahmt, die ein angeblicher Kaufmann aus Lübeck verschieben wollte.

Hamburg. Eine abermalige Mieterhöhung fordern die Hausbesitzer, trotzdem erst vor einiger Zeit eine Mieterhöhung von 20 bis 25 Prozent vorgenommen wurde. In einer Versammlung des Grundeigentümervereins wurde folgendes beschlossen: Die Mieten sind gegenüber dem Friedensstand zu erhöhen um 40 Prozent, wenn der Mieter die Kosten der erforderlichen Dekorationsarbeiten allein trägt, um 60 Prozent, wenn diese Kosten vom Mieter und Vermieter je zur Hälfte getragen werden, sofern nicht in besonderen Fällen höhere Steigerungen als notwendig nachgewiesen werden. — Die Mieterorganisationen haben zu diesem Beschluß der Grundeigentümer noch ein Wörtlein mitzureden. Diese werden schon dafür sorgen, daß die Bäume der Herren Grundeigentümer nicht in den Himmel wachsen.

Hamburg. Der Segen der Wertzuwachssteuer. Besser als alle langatmigen theoretischen Erörterungen zeigt ein praktischer Fall die segensreiche Wirkung einer fühlbaren Wertzuwachssteuer: In der Gemeindevertretersitzung in Farmsen (bei Hamburg) teilte der Vorsitzende mit, daß durch den Verkauf des Gutes Berm der Gemeinde ein Betrag an Wertzuwachssteuer zugehen wird, der das Doppelte der ganzen vorjährigen Gemeindesteuern ausmacht! Der Vorstand hat deshalb von Anträgen auf Steuererhebung für dieses Vierteljahr abgesehen. Wie wäre es ohne die Wertzuwachssteuer geworden? Ein einzelner hätte einen dicken Gewinn in seine Taschen eingestrichen, und die Allgemeinheit hätte nicht nur das Nachsehen gehabt, sondern noch obendrein kräftig Steuern blechen müssen.

Bahrenfeld. Zeitfreiwillige als Kartoffelhamsterer. In letzter Zeit fiel es auf, daß oft Militärwagen voll beladen aus Landorten zurückkehrten. Vorige Woche hielt ein Beamter in Langenbeck ein solches Gefährt an. Die Untersuchung ergab, daß er mit 29 Zentner Kartoffeln beladen war. Die Beschlagnahme ging aber nicht so leicht vor sich. Wohl in der Auffassung, daß einem Zeitfreiwilligen kein Mensch etwas zu sagen hat, griff der den Transport begleitende Unteroffizie zum Karabiner und legte auf den Beamten an. Dieser war aber schneller. Ehe es sich der rabiate Zeitfreiwillige versah, saß ihm der Revolver unter der Nase. Das half. Der Mutige legte seinen Schießprügel in die Ecke; die Kartoffeln wurden beschlagnahmt. Außerdem 2 Gewehre mit 48 Patronen. Auch der Wagen blieb in Langenbeck. Mit den beiden Pferden sind die Zeitfreiwilligen dann fortgezogen." Sie haben nichts von sich hören lassen.

Boizenburg. Ein Unglücksfall ereignete sich in Schwanheide durch das Spielen mit einer Handgranate. Der Sohn des Inspektors Waßmann versuchte, durch fortwährendes Beklopfen eine Handgranate zur Explosion zu bringen, was ihm auch schließlich gelang, aber von furchtbaren Folgen war. Das Geschoß riß dem Bedauernswerten den linken Unterarm und auch ein Auge fort, ob das andere Auge erhalten werden kann, ist sehr zweifelhaft.

Hadersleben. Die Kommunisten schließen sich der dänischen Sozialdemokratie an. Die nordschleswigsche Kommunistenpartei hat beschlossen, sich aufzulösen und zusammen mit den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen in die dänische linkssozialdemokratische Partei einzutreten. Die vier Haderslebener Kommunisten, die vor acht Tagen wegen Aufwiegelung der hiesigen französischen Besatzung verhaftet worden sind, sind jetzt ohne Strafe entlassen worden.

Oldenburg. In der zwölften Plenarsitzung des Landtages wurden zunächst die ersten zehn Punkte zur zweiten Lesung erledigt, wobei das Siedlungsgesetz für Oldenburg die meiste Zeit in Anspruch nahm. Dazu waren von der Sozialdemokratie mehrere Anträge gestellt, die von den übrigen Parteien abgelehnt wurden. Auch die U. S. P. marschierte mit den Agrariern Arm in Arm. Dem Gesetz betr. den Thronverzicht des Großherzogs stimmten die bürgerlichen Parteien auch wieder zu, wie sie es in der ersten Lesung beschlossen hatten, sodaß nur die Sozialdemokraten wieder allein gegen das Gesetz stimmten. Das Kriegszulagengesetz für den Freistaat Oldenburg an staatliche Beamte, Angestellte und Arbeiter, sowie an Lehrer der Volksschulen und das Gesetz betr. die Gewährung von Kriegsteuerungsbeihilfen an auf Wartegeld oder in den Ruhestand versetzte Zivilstaatsdiener usw. wurde ohne Debatte, so wie es aus der ersten Lesung hervorgegangen ist, angenommen. Der Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage betr. den Voranschlag der Eisenbahnbetriebskasse nahm längere Zeit in Anspruch. Von der Regierung wurde über die Verhandlung mit der Reichsregierung betreffs Verreichlichung der Bahnen längere Mitteilungen gemacht. Die Verhandlungen hierüber nahmen die übrige Zeit in Anspruch. Am Freitag kommen zunächst drei von der sozialdemokratischen Partei eingebrachte Interpellationen zur Verhandlung.

Bremen. Einen tumultuarischen Verlauf nahm eine von den Ortsgruppen der Internationalen Frauenliga und der Deutschen Friedensgesellschaft veranstaltete Versammlung, in der der Sekretär des Bundes Neues Vaterland, Dr. Gumbel, sprach. Schon von Anfang an herrschte eine starke Kampfesstimmung, die sich bald in Pfeifen, Johlen, Zwischenrufen und Wutausbrüchen Luft machte. Als der Redner die seiner Meinung nach geringen Leistungen der Hohenzollern kritisierte, erhob sich der größere Teil der Versammlung und sang „Deutschland über alles", worauf die Gegenseite mit der Internationale antwortete. Der Lärm wurde so groß, daß man jeden Augenblick einen Zusammenstoß befürchten mußte. Erst als die Polizei im Saale erschien, legte sich der Tumult, und der Redner konnte, wenn auch unter starkem Radau, seine Ausführungen beenden. — Die spartakistische Methode macht überall Schule.

Bremen. Abschluß der Lohnbewegung im Straßenbahnbetriebe. Die Verhandlungen der Straßenbahner haben zu einer Verständigung mit der Direktion auf folgender Basis geführt: von dem Fahrpersonal erhalten die Verheirateten monatlich 700 Mk., die Unverheirateten 650 Mk., die Schaffnerinnen 600 Mk. Die Handwerker erhalten einen Stundenlohn von 3,65 Mk., die Arbeiter einen solchen von 3,40 Mk. Die erhöhten Lohnsätze haben rückwirkende Kraft vom 1. Januar ab und müssen für das Fahrpersonal mit 200 Mk. pro Monat nachbezahlt werden. Die Direktion hat allerdings als Voraussetzung für diese Lohnerhöhung erklärt, daß der 30 Pfg.-Fahrtarif eingeführt wird. Die Verkehrsdeputation hat sich auch in ihrer Mehrheit für die Einführung dieses Satzes ab 1. März einverstanden erklärt, damit nicht in einigen Wochen erneut ein Antrag auf Erhöhung des Fahrpreises eingebracht werden müsse.

Neueste Nachrichten.

Die „Unabhängigen" lenken ein.

Berlin, 27. Februar. Die „Unabhängigen" die gestern noch auf stolzem Roß saßen und bei den Betriebsrätewahlen ganz selbständig vorgehen wollten, um „unabhängige" Giftmischerei treiben zu können, haben es sich über Nacht anders besonnen. Die U.-S.-P.-Vorstände der Berliner Gewerkschaften und die U.S.-P.-Fraktion der Berliner Gewerkschaftskommission erlassen in der „Freiheit" eine Erklärung, die es infolge des Eingreifens der Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für notwendig erklärt, daß auch die Berliner Gewerkschaften für die Aufstellung freigewerkschaftlicher Listen eintreten. Entsprechend der Eigenart der „Unabhängigen" wird dieser Rückzug natürlich mit dem üblichen Eselsfußtritt für die S. P. D. maskiert: „Die Vorstände können die Verantwortung nicht übernehmen, daß ein mit den Beschlüssen des allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes nicht übereinstimmendes Vorgehen bei den Betriebsrätewahlen von anderer Seite benutzt wird, um in jenen Verwaltungen, wo die Vertreter des grundsätzlichen, sozialistischen Klassenkampfgedankens die Mehrheit haben, die Spaltung und Absplitterung zur Tatsache werden zu lassen. Die Vorstände haben das Vertrauen zu dem Klassenbewußtsein der Berliner Arbeiterschaft, daß sie auch diese Wahlen zu einem Sieg des revolutionären, sozialistischen Gedankens gestalten werden." Da die „Unabhängigen" die Massen nicht in der Gewalt haben, bleibt es abzuwarten, ob nunmehr trotz dieser Erklärung die Wahl der Betriebsräte in Berlin glatt und ehrlich von statten geht.

Briefkasten.

Sozialisierung. Die Frage hat, soweit uns bekannt, bisher keine Fortschritte gemacht, sondern ist immer noch Gegenstand der Erwägung seitens der zuständigen Reichsämter.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

Ein Geschäfts-Inserat, welches 30 Mk. kostet, muß heute 300 Mk. einbringen. Sie haben diese Garantie, wenn Sie im „Lübecker Volksboten“ inserieren. : Machen Sie bitte einen Versuch! :

Ein wertvolles Buch für die Arbeiter-Bibliothek

Soeben erschienen:

Ein Jahr im Dienste der russischen Sowjetrepublik

Von Michael Smilg-Benario

Preis M. 4.40, gebd. M. 6.80. Direkte Nachnahme-Zusendungsgebühren 60 Pfg. extra

INHALT: Der Terror / „Wir töten ganze Klassen . . .“ / Zur Zwangsarbeit nach Wologda / Der Bolschewismus im Urteil einiger Kommunisten / Steuereinschätzung / Sowjet-Gerichte / Bei Maxim Gorki und Zinowieff / Zustände im bolschewistischen Rußland / Vorbereitungen zur Flucht / Letzte Erlebnisse in Petersburg / Auf der Flucht / In Deutschland als Bolschewist verhaftet

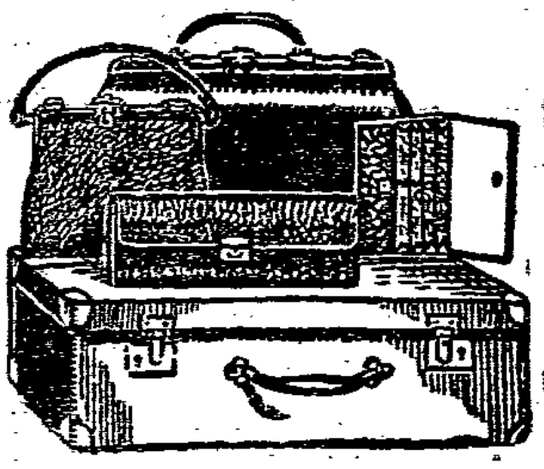
Das Werk beschäftigt die internationale Presse

Der „Vorwärts“ nahm in seinem Leitartikel „Tragödie der Macht“ zu dies. Buch Stellung. In keiner Arbeiterbibliothek soll dieses wichtige Buch, das als maßgebendstes Urteil bei der Behandlung der Frage Sowjetrußland-Deutschland anzusehen ist, fehlen.

„Der Firn“ Verlag, Berlin W 57.

Das Buch ist auch in unserer Parteibuchhandlung vorrätig

(13618)



Spezial-Geschäft und Fabrik in feinen Lederwaren, Koffern u. Reiseartikeln.

F. Fränkel, Lederwarenfabrik,

Lübeck (13579

Breite Straße 28. Fernruf 1207.

Sozialdemokratischer Verein.

Versammlung

am Montag, dem 1. März,

abends 7½ Uhr,

im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Tagesordnung:

Das Betriebsrätegesetz.

Referent: Genosse Alfred Dreger.

Eingeladen zu dieser Versammlung sind die Parteivertrauensleute, Arbeiterausschußmitglieder und die tätigen Genossen der M. S. P.

13634) Der Vorstand.

Pfeifenklub „Gut Qualm“

Gr. Ball verbunden mit Kappenfest und humoristischen Aufführungen am Sonnabend, d. 28. Febr., im Lokale Einsegel, unter gütiger Mitwirkung des Konzertina-Klubs.

Anfang 7 Uhr. (13628) Der Vorstand.

Schutzverband der Oesterreicher

Sonnabend, den 28. Februar:

Groß. Ball

(Ein Walzerabend mit Kappenfest

in den **Zentral-Hallen.**

Herrenkarte 2 Mk., Damenkarte 1 Mk.

Anfang 7 Uhr. (13588) Der Vorstand.

Großer Karnevals-Jubel und Trubel!

Adlershorst

Morgen Sonnabend:

Grosser Maskenball

Masken u. Kappen in reicher Auswahl im Lokal.

Anfang 6 Uhr.

13587) Der Vergnügungs-Ausschuß.

Stadthallen-Lichtspiele

Mühlenbrücke 13. Fernsprecher 874 9

Das größte u. modernste Lichtspiel-Theater am Platze

Vom 27. Februar bis 4. März:

!! Der sprechende Film !!

! Filmoperette !

Wer nicht in der Jugend küßt

Lustspiel in 5 Akten.

Außerdem:

Die Seemannsbraut

Eine Sage vom See in 4 Akten.

Eine unruhige Nacht

Lustspiel in 3 Akten.

Aufführungszeiten: 4—7 und 7—10 Uhr.

Erhöhte Preise! 13486

Fledermaus

Kabarett-Diele Fünfhausen 17/19.

Heute Freitag

Ehren-Abschieds-Abend

i. Kapellmeister **Hans Elvers**

2 Orchester, heute verstärkt

Dazu die

10 großen Attraktionen 10

2 Sonnabend und Sonntag letzte Tage des

Riesen-Februar-Programms

Täglich nachmittags: 4-Uhr-Tee.

13615

Flora

Sonnabend, den 28. Februar:

Großer Ball

Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr. (13600

Großer Ball

der Schiffbauer der L. M. G.

am Sonnabend, dem 28. Februar,

im Lokale „Louisenlust“.

Anfang 6 Uhr. (13601) Der Festausschuß.

Sportklub Unter den Linden (J. Schöning)

Sonnabend, den 28. Februar:

Gross. Ball

13390) im

Gesellschaftshaus „Weißer Engel“

Ferkel-Verlosung.

Anfang 6½ Uhr.

Zentral-Theater

Moderne Lichtspiele

Johannisstr. 25. Telephon 8698.

Von Freitag, den 27. 2. bis einschließlich Montag, den 1. 3.

Die Zauberin am Stein

Volksdrama in 5 Akten.

Margarete, Wirtin am Stein . . . . Martha Marchal
Erdmann Karbachmüller . . . . . Karl Elman
Martin . . . . . Joseph Recht

Der Herr des Todes

Zirkus-Sensationsschlager in 5 Akten mit **Hugo Flink.**

Kinderträume. Lustspiel.

Zu allen Bildern erstklassige sinnentsprechende Musikbegleitung. (13636

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands. Filiale Lübeck.

Einladung zum

Winter-Vergnügen

am Sonnabend, dem 28. Februar 1920, im Gewerkschaftshaus.

Anfang 6 Uhr. Ende ? ?

Herren 2 Mk., Damen 1 Mk. 13578

Hierzu ladet freundlichst ein Das Komitee.

Grosser Ball

des Sportklubs „Spare Gut von 1914“

am Sonnabend, dem 28. Februar 1920

in **Friedrichshof.**

Eintritt für Herren 2 Mk., für Damen 1 Mk.

Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr.

13591) Der Vorstand.

Arbeit.-Radf.-Verein Selmsdorf

Grosse Maskerade

verbunden mit Kappenfest für Zuschauer

am Sonntag, dem 29. Februar, im Selmsdorfer Gesellschaftshaus.

Kassenöffnung 5½ Uhr. Anfang 6 Uhr.

Maskenzug 7½ Uhr. Demaskierung 10 Uhr.

Eintrittspreis für Masken 3 Mk., für Zuschauer 2 Mk.

Maskengarderoben sind am Sonnabend abend im Ballokal zu haben.

13622 Das Komitee.

Preis-Skat

Sonnabend, 28. Februar.

Anfang 7½ Uhr, „Zur alten Post“, Fünfhausen 30. (13613

Sonnabend, 7½ Uhr,

Preis-Skat

Heinr. Gronau,

13611) Stavenstr. 10/12.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

8. Distrikt

Versammlung

Sonnabend, 28. Februar abends 8 Uhr bei Paul Sommerfeldt, „Schwarzer Adler“.

Tages-Ordnung:

Betriebsrätegesetz. Wahlen.

Der Distriktsführer

13680) B. Lotzow.

Freiwillige Feuerwehr Stockelsdorf.

Zum

Theater-Abend

mit nachfolgendem

Balle

am Sonntag, 29. Febr., im Lokale d. Kamerad. Dose ladet freundl. ein

13610 Der Vorstand.

Volkshochschule.

13584

Sonnabend, 28. Februar abends 7 Uhr im Lehrerseminar (Aula)

Versammlung des Hörerausschusses.

Volkshochschule.

Sonnabend, 28. d. Mts. abends 8 Uhr (13585 in der Aula d. Johanneums

Vortrag

von Herrn Prof. Dr. Kusche: „Aus dem jungen China“.

Hansa-Theater

13589

Freitag:

Das Mädel von drüben.

Sonnabend:

Schwarzwaldmädel.

Sonntag nachm. 3 Uhr:

Max und Moritz.

Stadttheater Lübeck

(13620

Freitag, den 27. Februar: 22. Vorst. i. Freitag-Abonn. Anfang 7 Uhr:

Mignon.

Oper in 4 Akten von A. Thomas.

Philine: Frl. Else Osten v. Stadttheater Rostock.

Sonnabend, d. 28. Februar: Anfang 4¼ Uhr.

Preise der Plätze 4.—, 3.—, 2.— Mk.

Vortrag des Berliner Physikers Joachim Bellachini:

Der Mensch vor 100 000 Jahren.

Anfang 7 Uhr.

Einmaliges Gastspiel von Helvoirt Pel

Lohengrin.

Telramund: Helvoirt Pel als Gast.

Elsa: Frl. Liane ter Meer-Pricken als Gast a. A.

Sonntag, den 29. Februar: Anfang 3 Uhr

Veranstaltung i. d. Arbeiterbildungsverein

Und das Licht leuchtet in der Finsternis.

Anfang 7 Uhr:

Der Graf von Luxemburg.

Beilage zu Nr. 49.
27. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Freitag,
den 27. Februar 1920

Richtlinien für die Wahlen zu den Betriebsräten.

Die am 24. Februar abgehaltene Sitzung des Ausschusses vom Deutschen Gewerkschaftsbund hat über die Wahlen zu den Betriebsräten gegen 3 Stimmen folgende Richtlinien aufgestellt:

1. Das Gesetz über Betriebsräte gibt den Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit, in den Betrieben ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht hinsichtlich der Durchführung gewerkschaftlich geregelter Arbeitsverhältnisse und wirtschaftlicher Förderung des Betriebes auszuüben. Die Gewerkschaften sind daher in hohem Maße daran interessiert, daß bei den ersten Wahlen zu den Betriebsvertretungen (Betriebsräten, Betriebsobmännern, Betriebsausschüssen, Arbeiter- und Angestelltenräten und Gesamtbetriebsräten) möglichst zahlreiche gewerkschaftliche Vertreter gewählt werden. Es ist deshalb Pflicht aller Gewerkschaften des A. D. G. B., ihre ganze Kraft auf die erfolgreiche Durchführung dieser Wahlen zu konzentrieren.

2. Die Neigung, diese Wahlen zu einer Machtprobe politischer Parteikämpfe zu machen, ist für die Wirksamkeit der Betriebsräte, die eine rein praktisch-wirtschaftliche sein soll, und für die wirklichen Arbeiterinteressen höchst nachteilig und ersuchen die Gewerkschaften, alle politischen Einflüsse von diesen Wahlen möglichst fernzuhalten. Notwendige Versammlungen sind nur von gewerkschaftlicher Seite einzuberufen. Bei Veröffentlichungen sind lokale Arbeiterblätter der verschiedensten Richtungen gleichmäßig zu benutzen.

3. Die allgemeinen Vorbereitungen für die Wahlen werden zweckmäßig durch den Ortsausschuß des A. D. G. B. (Gewerkschaftskartell) getroffen. Derselbe verständigt sich mit den in Betracht kommenden Einzelgewerkschaften über die in seinem Bezirk notwendigen Maßnahmen, leitet die Agitation, gibt die Drucksachen heraus und sorgt für die Zusammenstellung der Wahlergebnisse.

4. In Orten, wo kein Ortsausschuß vorhanden ist, bilden die daselbst domizilierenden Gewerkschaften für diese Wahlen einen gemeinsamen Wahlausschuß.

5. Bie besonders gelagerten Berufsverhältnissen (Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Bergbau) kann die Wahlvorbereitung den für diese Berufe zuständigen Gewerkschaften nach vorheriger Verständigung über das erforderliche Zusammenwirken mit dem Ortsausschuß überlassen werden.

6. Bei den Wahlen zu diesen Betriebsvertretungen ist ein selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des A. D. G. B. notwendig. Wahlabkommen mit anderen Gewerkschaftsgruppen sind zu vermeiden. Dagegen ist eine Verständigung mit den Ortskartellen der Arbeitsgeminschaft freier Angestelltenverbände (Afa), der auch unsere Angestelltenverbände angehören, zweckmäßig, um Wahlunstimmigkeiten auszuschließen.

7. Für die Gewerkschaften des A. D. G. B. ist der größtmöglichste Wahlerfolg gesichert, wenn die Stimmabgabe nicht durch verschiedene Vorschlagslisten aus ihren Reihen zersplittert wird. Eine Verständigung mit den vorhandenen Strömungen innerhalb unserer Gewerkschaften im Bezirk des Ortsausschusses über gemeinsame Vorschlagslisten ist deshalb in jedem Fall anzustreben. Eine solche Verständigung ist aber nur möglich auf dem Boden der Nürnberger Kongreßbeschlüsse.

8. Die Aufstellung der Vorschlagslisten erfolgt durch die für die fraglichen Betriebe zuständigen Gewerkschaften. Sind in einem Betriebe mehrere Gewerkschaften vertreten, so haben sie sich über die Kandidatenaufstellung zu verständigen.

9. Die aufzustellenden Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des A. D. G. B. angehören, oder wenn sie Angestellte sind, eine der Afa angeschlossenen Organisation. Bei der Auswahl darf nicht die politische Richtung der Gewerkschaftsmitglieder maßgebend sein, sondern es müssen gewerkschaftliche und berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebsamkeit und moralische Festigkeit entscheiden.

Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste diesen Grundsätzen entsprechend aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem A. D. G. B. angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat auf eine Gegenliste aufstellen lassen. Voraussetzung für diese Verpflichtung ist jedoch, daß die Aufstellung der Kandidaten erfolgte ohne Rücksicht auf ihre politische Anschauung und ohne daß sie zu einer Erklärung darüber genötigt wurden, wie sie sich zur Räteorganisation oder zu einer sonstigen politischen Tagesfrage stellen.

10. Besondere Organisationen der Betriebsvertreter und besondere Beitragserhebungen für Aufgaben der Betriebsvertretungen sind nicht zulässig. Dagegen ist es Aufgabe der Gewerkschaften, die Betriebsvertreter ihrer Organisation, und Aufgabe des Ortsausschusses, die Betriebsvertreter im allgemeinen, in Sitzungen und Versammlungen über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären und mit den nötigen Informationen und Instruktionen zu versehen.

Heraufsetzung der Grundlöhne bei der Krankenversicherung.

In der Arbeiterschaft hat sich eine außerordentliche Mißstimmung über die niedrigen Barleistungen der Krankenkassen entwickelt. Durch die sprunghafte Erhöhung der Löhne sind in der Tat auf dem Gebiet der Krankenversicherung ganz unhaltbare Zustände herbeigeführt worden. Die Krankenkassen sind nach § 180 RVO. nur berechtigt, den Grundlohn auf höchstens 10 Mk. für den Arbeitstag festzusetzen. Das Krankengeld beträgt in der Regel die Hälfte, und nur als Mehrleistung, d. h. wenn die Kassen finanziell besonders gut gestellt sind, kann das Krankengeld bis auf drei Viertel dieses Grundlohnes erhöht werden. Die meisten Kassen sind daher nur in der Lage, 5 Mk. als Höchstsatz an Krankengeld täglich zu zahlen. Nur ausnahmsweise kann eine Kasse, aber auch nur bis 7,50 Mk. täglich, heraufgehen. Die Folge davon ist, daß sehr viele Versicherte, obwohl sie arbeitsunfähig sind, die Arbeit nicht ruhen lassen können, wenn sie nicht verhungern wollen. Auch die Krankenkassen leiden unter diesen Verhältnissen außerordentlich, denn sie können ihre Beiträge, die ebenfalls nach dem Grundlohn bemessen werden, nicht so festsetzen, wie es bei der heutigen Teuerung notwendig wäre.

Aus allen diesen Gründen drängen die Krankenkassen seit einiger Zeit darauf, daß das Gesetz geändert wird. Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen hat schon vor längerer Zeit dahin zielende Anträge bei der Reichsregierung gestellt. Diese ist auch bereit, den Wünschen der Versicherten und der Kassen zu entsprechen. Verlangt wird von den Kassen, daß der Höchstsatz des Grundlohnes bei allen Kassen auf 20 Mk. heraufgesetzt wird. Die Kassen sollen außerdem das Recht haben, in ihrer Satzung auch noch höhere Beträge festzusetzen. Die Regierung will nun die hierfür notwendige Aenderung des Gesetzes durch eine Notverordnung, die aber nur mit Zustimmung des Ausschusses der Nationalversammlung zulässig ist, durchführen. Diese Verordnung ist für die allernächste Zeit zu erwarten, und die Krankenkassen sind dann wieder in der Lage, das Krankengeld so zu bemessen, daß ein arbeitsunfähig Kranker zum mindesten vor der allergrößten Not geschützt ist.

Dämmernde Erkenntnis.

Dienstag konnte man im Zentralorgan der U. S. P. D., in der „Freiheit", eine bedrückte Betrachtung über den Neuaufbau des englischen Heereswesens lesen. Nicht einmal auf die Tankgeschwader und die chemischen Kampfmittel wolle England verzichten, weil noch nicht sicher sei, daß nicht etwa ein künftiger Gegner sie gebrauche. Mit dieser Begründung habe früher, so meint die „Freiheit", der deutsche Militarismus seine Ausschreitungen begründet, und jetzt machten es alle anderen Staaten, auch nach dem Weltkrieg, noch ebenso. Ganz recht! Die „unabhängige" Lehre, daß der preußische Militarismus ganz besonders schlecht und gemein sei, und daß seine Zerstörung den Militarismus in der ganzen Welt unmöglich machen würde, war eben eine der unzähligen dummen Kriegslügen der U. S. P. D., mit der sie das deutsche Volk vier Jahre lang belogen und betrogen hat.

Mittwoch richtete die „Freiheit" einen „Gruß nach Straßburg". Selbstverständlich nicht nach dem deutschen Straßburg und seinem Münster, sondern an den Parteitag der französischen Sozialdemokratie, der dort gegenwärtig tagt. Natürlich sind — nach der „Freiheit" — die französischen Sozialisten „über den Verdacht erhaben", daß sie aus chauvinistischen Erwägungen gerade nach Straßburg gehen mußten. Aber hinterher muß die „Freiheit" zugeben, daß den Vertretern der U. S. P. D. die Grenze nach Straßburg noch verschlossen sei. Warum tagt die französische Sozialdemokratie, also gerade dort, wo noch der Belagerungszustand herrscht? Etwa nur um dagegen zu protestieren? Die deutschen Arbeiter werden schon verstehen, warum diese angeblichen Todfeinde der Eroberungspolitik gerade ins Elsaß gegangen sind.

In einem voreiligen Nachruf auf Erzberger liest man in derselben Nummer der „Freiheit", daß dieser Zentrumsmann mit Entschlossenheit die Republik verteidigte und außerdem eine Finanzpolitik trieb, die „nicht davor zurückschreckte, das Portemonnaie der Besitzenden recht derb anzufassen". Recht derb! Bisher haben wir in der „Freiheit" immer nur gelesen, daß die ganze Finanzpolitik der Republik auf Schonung der Reichen und Ausbeutelung der Armen hinauslaufe. Jetzt auf einmal wird zugestanden, daß die Koalitionsparteien die Besitzenden recht derb angefaßt haben. Dämmert nicht auch bei den „unabhängigen" Arbeitern die Einsicht, wie man sie irreführt und belügt?!

Aus dem Freistaat Lübeck.

Freitag, 27. Februar.

Arbeiter-Jugendverein Lübeck.

März-Monatsprogramm.

Zentralheim, Wahmstraße 58 I.

Jeden Donnerstag: Stenographieunterricht. Freitags: Uebungen zur Jugendweihe.

3. März, Mittwoch: Liederabend.
7. März, Sonntag: Unterhaltungsabend.
10. März, Mittwoch: Vortrag des Lehrers Herrn Bloha: „Anleitung zur sinnlichen Betrachtung der Natur."
14. März, Sonntag: Reigenabend, 6 Uhr.
17. März, Mittwoch: Diskussion.
21. März, Sonntag: Plattdeutscher Abend.
24. März, Mittwoch: Vortrag der Genossin Katz: „Ferdinand Lassalle."
31. März, Mittwoch: Monatsbesprechung.

Abteilung „Marli"

Jugendheim: 2. St.-Gertrudschule.

3. März, Mittwoch: Vortrag des Gen. Puls: „Unsere Genossenschaftsbewegung."
7. März, Sonntag: „Plattdütsch Schnack und Schnurren."
10. März, Mittwoch: „Löns-Abend", Leitung: Gen. Schermer.
14. März, Sonntag: Aus Wilh. Buschs Werken.
17. März, Mittwoch: Neue und alte Lieder.
21. März, Sonntag: Märzfeier.
24. März, Mittwoch: Leseabend.
28. März, Sonntag: Monatsbesprechung.
31. März, Mittwoch: Generalprobe.

Abteilung „Holstentor-Nord"

Jugendheim: 4. St.-Lorenz-Knabenschule.

3. März Mittwoch: Diskussionsabend.
7. März, Sonntag: Neue Lieder.
10. März, Mittwoch: Vortrag des Gen. Puls: „Kleintierwesen."
14. März, Sonntag: Gesellschaftsabend.
17. März, Mittwoch: Vortrag des Gen. Natzke: „Der Weg zum Sozialismus."
21. März, Sonntag: Monatsbesprechung.
24. März, Mittwoch: Diskussion.
28. März, Sonntag: Uebungsabend zur Jugendweihe.
31. März, Mittwoch: Rezitationsabend.

Abteilung „Moisling"

Jugendheim: „Alte Post."

5. März, Freitag: Diskussionsabend. („Arb.-Jug." Nr. 4 mitbringen.)
7. März, Sonntag: Bunter Abend.
12. März, Freitag: Vortrag des Gen. Radden: „Die Gewerkschaften und ihre Bedeutung für die Jugend."
14. März, Sonntag: Volkstänze.
19. März, Freitag: Vortrag des Gen. W. Denker.

Aquis submersus.

Novelle von Theodor Storm.

4. Fortsetzung.

Ich sah ihn an, sagte aber nur: „Freilich, Dietrich; aus mancher Fensterhöhlung schaut statt des Bauern itzt der Wolf heraus; hab' dergleichen auch gesehen; aber es ist ja Frieden worden, und der gute Herr nm Schloß wird helfen, seine Hand ist offen."

Mit diesen Worten wollte ich, obschon die Hunde mich wieder ankurrten, auf den Hof hinausgehen; aber der Greis trat mir in den Weg. „Herr Johannes," rief er, „ehe Ihr weitergehet, höret mich an! Euer Brieflein ist zwar richtig mit der königlichen Post von Hamburg kommen; aber den rechten Leser hat es nicht mehr finden können."

„Dietrich!" schrie ich. „Dietrich!"

„Ja, ja, Herr Johannes! Hier ist die gute Zeit vorbei; denn unser teurer Herr Gerhardus liegt aufgebahret dort in der Kapellen, und die Gueridons brennen an seinem Sarge. Es wird nun anders werden auf dem Hofe; aber — ich bin ein höriger Mann, mir ziemt Schweigen."

Ich wollte fragen: „Ist das Fräulein, ist Katharina noch im Hause?" Aber das Wort wollte nicht über meine Zunge.

Drüben, in einem hinteren Seitenbau des Herrenhauses, war eine kleine Kapelle, die aber, wie ich wußte, seit lange nicht benutzt war. Dort also sollte ich Herrn Gerhard suchen.

Ich fragte den alten Hofmann: „Ist die Kapelle offen?" Und als er es bejahete, bat ich ihn, die Hunde anzuhalten; dann ging ich über den Hof, wo niemand mir begegnete; nur einer Grasmücke Singen kam oben aus den Lindenwipfeln.

Die Tür zur Kapelle war nur angelehnt, und leis und gar beklommen trat ich ein. Da stund der offene Sarg, und die rote Flamme der Kerzen warf ihr flackernd Licht auf das edle Antlitz des geliebten Herrn; die Fremdheit des Todes, so darauf lag, sagte mir, daß er itzt eines anderen Lands Genosse sei. Indem ich aber neben dem Leichnam zum Gebete hinknien wollte, erhub sich über den Rand des Sarges mir gegenüber ein junges blasses Antlitz, das aus schwarzen Schleiern fast erschrocken auf mich schaute.

Aber nur, wie ein Hauch verweht, so blickten die braunen Augen herzlich zu mir auf, und es war fast wie ein Freudenruf: „O, Johannes, seid Ihr's denn! Ach, Ihr seid zu spät gekommen!" Und über dem Sarge hatten unsere Hände sich zum Gruß gefaßt; denn es war Katharina, und sie war so schön geworden, daß hier im Angesicht des Todes ein heißer Puls des Lebens mich durchfuhr. Zwar, das spielende Licht der Augen lag itzt zurückgeschrecket in der Tiefe; aber aus dem schwarzen Häubchen drängten sich die braunen Löcklein, und der schwellende Mund war um so röter in dem blassen Antlitz.

Und fast verwirret auf den Toten schauend, sprach ich: „Wohl kam ich in der Hoffnung, an seinem lebenden Bilde ihm mit meiner Kunst zu danken, ihm manche Stunde genüber zu sitzen und sein mild und lehrreich Wort zu hören. Laßt mich denn nun die bald vergehenden Züge festzuhalten suchen!"

Und als sie unter Tränen, die über ihre Wangen strömten, stumm zu mir hinübernickte, setzte ich mich in ein Gestühle und begann auf einem von den Blättchen, die ich bei mir führte, des Toten Antlitz nachzubilden. Aber meine Hand zitterte; ich weiß nicht, ob alleine vor der Majestät des Todes.

Währenddem vernahm ich draußen vom Hofe her eine Stimme, die ich für die des Junkers Wulf erkannte; gleich danach schrie ein Hund wie nach einem Fußtritt oder Peitschenhiebe; und dann ein Lachen und ein Fluch von einer anderen Stimme, die mir gleicherweise bekannt vorkam.

Als ich auf Katharinen blickte, sah ich sie mit schier entsetzten Augen nach dem Fenster starren; aber die Stimmen und die Schritte gingen vorüber. Da erhub sie sich, kam an meine Seite und sah zu, wie des Vaters Antlitz unter meinem Stift entstund. Nicht lange, so kam draußen ein einzelner Schritt zurück; in demselben Augenblick legte Katharina die Hand auf meine Schulter, und ich fühlte, wie ihr junger Körper bebte.

Sogleich auch wurde die Kapellentür aufgerissen; und ich erkannte den Junker Wulf, obschon sein sonsten bleiches Angesicht itzt rot und aufgedunsen schien.

„Was huckst du allfort auf dem Sarge!" rief er zu der Schwester. „Der Junker von der Risch ist dagewesen, uns seine Kondolenze zu bezeigen; du hättest ihm wohl den Trunk kredenzen mögen!"

Zugleich hatte er meiner wahrgenommen und bohrete mich mit seinen kleinen Augen an. „Wulf," sagte Katharina, indem sie mit mir zu ihm trat; „es ist Johannes, Wulf."

Der Junker fand nicht vonnöten, mir die Hand zu reichen; er musterte nur mein violenfarben Wams und meinte: „Du trägst da einen bunten Federbalg; man wird dich „Sieur" nun titulieren müssen!"

„Nennt mich, wies Euch gefällt!" sagte ich, indem wir auf den Hof hinaustraten. „Obschon mir dorten, von wo ich komme, das „Herr" vor meinem Namen nicht gefehlet, — Ihr wißt wohl, Eures Vaters Sohn hat großes Recht an mir."

Er sah mich was verwundert an, sagte dann aber nur: „Nun wohl, so magst du zeigen, was du für meines Vaters Geld erlernet hast, und soll dazu der Lohn für deine Arbeit dir nicht verhalten sein."

Ich meinete, was den Lohn anginge, den hätte ich längst vorausbekommen; da aber der Junker entgegnete, er werd' es halten, wie sichs für einen Edelmann gezieme, so fragte ich, was für Arbeit er mir aufzutragen hätte.

„Du weißt doch," sagte er und hielt dann inne, indem er scharf auf seine Schwester blickte, „wenn eine adelige Tochter das Haus verläßt, so muß ihr Bild darin zurückbleiben."

Ich fühlte, daß bei diesen Worten Katharina, die an meiner Seite ging, gleich einer Taumelnden nach meinem Mantel haschte; aber ich entgegnete ruhig: „Der Brauch ist mir bekannt; doch, wie meinet Ihr denn, Junker Wulf?"

„Ich meine," sagte er hart, als ob er einen Gegenspruch erwarte, „daß du das Bildnis der Tochter dieses Hauses malen sollst!"

Mich durchfuhr's wie ein Schrecken; weiß nicht, ob mehr über den Ton oder die Deutung dieser Worte; dachte auch, zu solchem Beginnen sei itzt kaum die rechte Zeit.

Da Katharina schwieg, aus ihren Augen aber ein flehentlicher Blick mir zuflog, so antwortete ich: „Wenn Eure edle Schwester es mir vergönnen will, so hoffe ich Eures Vaters Protektion und meines Meisters Lehre keine Schande anzutun. Räumet mir nur wieder mein Kämmerlein ober dem Torweg bei dem alten Dietrich ein, so soll geschehen, was Ihr wünschet."

Der Junker war das zufrieden und sagte auch seiner Schwester, sie möge einen Imbiß für mich richten lassen.

Ich wollte über den Beginn meiner Arbeit noch eine Frage tun; aber ich verstummte wieder, denn über dem empfangenen Auftrag war plötzlich eine Entzückung in mir aufgestiegen, daß ich fürchtete, sie könne mit jedem Worte hervorbrechen. So war ich auch der zwei grimmen Köter nicht gewahr worden, die dort am Brunnen sich auf den heißen Steinen sonnten. Da wir aber näher kamen, sprangen sie auf und fuhren mit offenem Rachen gegen mich, daß Katharina einen Schrei tat, der Junker aber einen schrillen Pfiff, worauf sie heulend ihm zu Füßen krochen. „Beim Höllenelemente," rief er lachend, „zwo tolle Kerle; gilt ihnen gleich, ein Sauschwanz oder flandrisch Tuch!"

„Nun, Junker Wulf," — ich konnte der Rede mich nicht wohl enthalten — „soll ich noch einmal Gast in Eures Vaters Hause sein, so möget Ihr Eure Tiere bessere Sitten lehren!"

Er blitzte mich mit seinen kleinen Augen an und riß ein paarmal in seinen Zwickelbart. „Das ist nur so ihr Willkommsgruß, Sieur Johannes," sagte er dann, indem er sich bückte, um die Bestien zu streicheln. „Damit jedweder wisse, daß ein ander Regiment allhier begonnen; denn — wer mir in die Quere kommt, den hetz' ich in des Teufels Rachen!"

(Fortsetzung folgt.)

21. März, Sonntag: Monatsbesprechung.
26. März, Freitag: Liederabend.
28. März, Sonntag: Gemütliches Beisammensein.
Gemeinsame Veranstaltungen sämtlicher Abteilungen.
7. März, Sonntag: Wanderung nach Moisling-Moorgarten. Ab 1½ Uhr Lindenplatz.
14. März, Sonntag: Wanderung nach Waldhusen. Ab 1½ Uhr Geibelplatz.
21. März, Sonntag: Nachmittagswanderung nach den Wakenitz-niederungen. Ab 1½ Uhr Mühlenbrücke.
Ostern: Wanderung nach der Klingbergschenke (Scharbeutz). Ab Sonnabend abend 9 Uhr vom Markt.

Was man für 10 Pfund Zeitungspapier bekommen kann. Die Zeitungsverleger sind voller Sorge darüber, woher sie das teure Papier nehmen und wie sie die Unkosten für die Herstellung des Blattes aufbringen sollen. Denn die Abonnenten bezahlen kaum das Papier und tragen zu den Unkosten für den Inhalt so gut wie gar nichts bei. Und dabei können sie mit der gelesenen Zeitung, als Altpapier verkauft, noch ein gutes Geschäft machen, wie ein Inserat in der „Leipziger Volkszeitung" beweist. Dieses lautet:

Ganz ohne Geld
nicht einen Pfennig haben Sie zu zahlen für
1 Pfd. Voll-Heringe, 1 Pfd. Obst-Melange
(süß, ohne Rüben), 1 Pfd. Prima Tafel-Senf,
3 Pfd. Sauerkraut oder Rotkohl und
1 Pfd. Prima Speise-Würze
alles zusammen bei Abgabe von
10 Pfund Zeitungspapier.
Offerte die ganze Woche gültig! Flaschen und Gefäße mitbringen.

Auf nach Leipzig, zu dem idealen Geschäftsmann! Wem die Reise zu teuer ist, der bringt das Altpapier aber auch in Lübeck noch gegen Vergütungen an, die den Abonnementspreis und somit den Bezug der Zeitung wesentlich herabsetzen.

Zu den Tarifverhandlungen der Versicherungsangestellten wird uns vom Zentralverband der Angestellten mitgeteilt: Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß des Reichsarbeitsministeriums begannen mit der Feststellung, daß der Zentralverband nachweislich die überwiegende Mehrheit der Versicherungsangestellten zu vertreten hat, während nur eine Minderheit (Gewerkschaftsbund der kaufmännischen Angestelltenverbände) das tarifvertragliche Angebot der Arbeitgeber annahm. Der Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitsministerium faßte folgenden Beschluß: „Das Schiedsgericht sieht es nach Beibringung der geforderten Unterlagen seitens des Zentralverbandes und des Gewerkschaftsbundes der Angestellten als erwiesen an, daß nur eine Minderheit mit der tariflichen Regelung vom 5. und 12. Februar durch Unterschrift eines Reverses sich einverstanden erklärt hat. Angesichts dieses Sachverhaltes braucht das Schiedsgericht zur Behauptung der Angestellten nicht Stellung zu nehmen, daß ein Teil der Reserve durch Drohung von Druckmitteln, Kündigung und dergleichen erlangt worden ist. Die Voraussetzung für den Eintritt in die materiellen Verhandlungen ist nunmehr gegeben." — Es wurde nunmehr in die sachlichen Verhandlungen über den Personenkreis und die Entlohnungssätze eingetreten. Das Schiedsgericht hofft, endgültig in einigen Tagen den Spruch fällen zu können.

Außenhandelsstelle. Die Handelskammer weist darauf hin, daß die Zweigstelle Hamburg-Lübeck der Außenhandelsstelle des Auswärtigen Amtes in der Lage ist, über Bestimmungen und Verordnungen des Auslandes, betreffend Ein-, Aus- und Durchfuhr, Zollwesen, Postalisches, Einreise usw. Auskunft zu erteilen. Die genannte Zweigstelle steht in enger Zusammenarbeit mit der Handelskammer und anderen Hamburger Behörden. Das Bureau befindet sich in Hamburg, Jungfernstieg 2, Zimmer 17. Die Zweigstelle Hamburg-Lübeck richtet ihre Tätigkeit auf die Pflege eines möglichst starken persönlichen Verkehrs mit den Hamburg-Lübecker Wirtschaftskreisen, deren Interessen überdies durch einen aus Praktikern gebildeten Verwaltungsrat dieser Stellen ständige Vertretung finden.

Volkshochschule. Der Hörerausschuß versammelt sich am Sonnabend, 28. Februar, abends 7 Uhr im Lehrerseminar (Aula). Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Obleute oder deren Stellvertreter. — Abends 8 Uhr wird in der Aula des Johanneums Herr Prof. Dr. Kusche einen Vortrag halten über das Thema: „Aus dem jungen China". Der Vortragende hat von der chinesischen Revolution des Jahres 1911 ab zuerst Tsingtau, dann als Dozent an der „Deutsch-Chinesischen Hochschule" in Schanghai gewirkt und hat so die Entwicklung Jungchinas an Ort und Stelle verfolgen können.

Nachrichten für Ein- und Auswanderer. Argentinien. In den Nachrichten über dieses Land als Auswanderungsziel spielt namentlich das sogenannte Chaco Argentino eine bedeutende Rolle. Richtig ist auch, daß das Land sehr viel Platz für Kolonisten bietet und daß die argentinische Regierung bereit ist, dort Kolonisten anzusiedeln. Es ist aber ebenso richtig, daß gerade dieser Landesteil sich zur Kolonisation für deutsche Auswanderer gar nicht eignet, und zwar wegen seines ausgesprochen tropischen Klimas. Außerdem können arme Auswanderer dort überhaupt nicht siedeln. Zunächst muß jeder Auswanderer 50 Goldpesos vorzeigen können. Er bedarf zum Anfang mindestens 10 000 Papierpesos, das heißt nach dem heutigen Stande der Mark ungefähr 23 000 Mark. Dazu kommen die Kosten für Ueberfahrt, die sich pro Person im Zwischendeck auf 5000—6000 Mark belaufen. Man kann daher dem Kapitänleutnant a. D. Berg durchaus zustimmen, wenn er in einem Reisebericht aus Argentinien sagt, „daß eigentlich nur wohlhabende Leute soviel aufbringen können, um in Agentinien arme Kolonisten zu werden".

Hansa-Theater. Sonnabend wird die beliebte Operette „Schwarzwaldmädel" gegeben. Am Sonntag abend wird nach langer Zeit wieder die Operette von Oskar Straus „Ein Walzertraum" aufgeführt. Sonntag nachmittag 3 Uhr gibt es etwas zum Lachen und zwar „Max und Moritz".

Aus dem Parteileben.

Der „Wahre Jacob", das farbige Familienblatt der Partei, sieht sich infolge der ungeheuren Steigerung der Papierpreise genötigt, von nächster Nummer (877) ab einen Aufschlag von 20 Pfennig zu erheben, den Verkaufspreis der Nummer also auf 50 Pfennig festzusetzen. Es wird nun an den langjährigen Abonnenten liegen, dem „Wahren Jacob" auch fernerhin die Tür zu öffnen, ihn in dieser für das gesamte Zeitungs- und Zeitschriftengewerbe schwersten Zeit nicht im Stiche zu lassen.

Arbeiterbewegung.

Verweigerung von Ueberschichten. Auf den Dannenbaumzechen der „Deutsch-Luxemburgischen Berg- und Hütten-Akt.-Ges." bei Essen (Ruhr) ruht seit Dienstag mittag der Betrieb vollständig. Die gesamte Belegschaft, die am Montag die Leistung der vereinbarten Ueberschichten verweigert und passive Resistenz geübt hatte, legte, als die zweite Ueberschicht angekündigt wurde, die Arbeit nieder und verließ die Zechen. Auf der Zeche „Radbod" hat sich die Belegschaft mit zwei Drittel Mehrheit gegen das Verfahren von Ueberschichten erklärt. Die Belegschaft der Zeche „Amalie" bei Hessen ist wegen Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes in den Streik getreten.

Die Achtstundenschicht im sächsischen Bergbau. Nach neuen erfolgreichen Verhandlungen der Vertreter der Bergarbeiter mit dem Arbeitsminister Heldt wird am 1. März die Achtstundenschicht im sächsischen Bergbau wieder eingeführt werden.

Ausstände im belgischen Kohlengebiet. Im belgischen Kohlengebiet sind Streiks ausgebrochen, verursacht durch die hohen Brotpreise. In der Borinage (Provinz Hennegau) ist der Streik beinahe allgemein.

Reich und Ausland.

Die Rache des Heimgekehrten. In Vogelsberg bei Cölleda hat, wie das „Berl. Tagebl." berichtet, ein aus englischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrter Mann ein junges Mädchen durch Messerstiche ermordet und die Leiche dann in einen Teich geworfen. Der Mörder, der verhaftet wurde, verweigert jede Auskunft über den Grund zu seiner Tat.

Salzsäure-Attentat. In der Pfarrkirche zu Bogutschütz (Schlesien) hatte sich eine Hochzeitsgesellschaft zur Trauung eingefunden, als sich plötzlich aus den Reihen der zahlreichen Zuschauerinnen ein junges Mädchen loslöste, ein Fläschchen hervorzog und die darin enthaltene Salzsäure einem jungen Mann, der als Trauzeuge fungierte, ins Gesicht schleuderte. Auch noch andere Personen wurden von der ätzenden Flüssigkeit getroffen. Der Hochzeitsteilnehmer bemächtigte sich große Verwirrung, die von der Attentäterin dazu benutzt wurde, um zu entfliehen. Der junge Mann wurde im Gesicht durch Brandwunden erheblich verletzt, seine Augen blieben glücklicherweise unversehrt. Die Gründe zur Tat sind Eifersucht und Rache für verschmähte Liebe.

Die Grippeerkrankungen bei der Eisenbahn haben unter dem Eisenbahnpersonal einen ungeheuren Umfang angenommen. Allein in den Bezirken Essen und Elberfeld sind in den letzten Tagen weit über 3000 Bedienstete, darunter fast 2000 vom Zugpersonal an der Grippe erkrankt. Die Abfertigung der Kohlenzüge und der Leerwagen nach den Zechen ist dadurch sehr ungünstig beeinflußt worden.

Eine vielköpfige Schiebergesellschaft, die 700 Zentner der Stadt Köln gehörigen Weizen nach den bergischen Städtchen verschleppt hat, wurde verhaftet. Die Empfänger waren Oberstadtsekretäre, Stadtsekretäre und Stadtverordnete, alle Mitglieder der U. S. P. D.

Die nach der Bekanntmachung vom 25. August 1917, betreffend Einschränkung des Gasverbrauchs, zu 5, Absätze 1 und 2 freigegebene Monatsmenge beträgt für den März 1920: **40** cbm.

Lübeck, 26. Februar 1920. (13625

Die Betriebsbehörde.

Der vierte Teilbetrag der Einkommensteuer

für das Jahr 1919/20 ist von den Steuerpflichtigen, die im Besitze eines Steuerzettels für die **Vorstadt St. Lorenz** sind, in der Zeit vom 21. bis 28. Febr. d. J. bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten. (13588

Die Verlegung des Wohnsitzes eines Steuerpflichtigen aus der Stadt in eine Vorstadt oder einen Landbezirk und umgekehrt hat eine Aenderung der im Steuerzettel angegebenen Zahltermine nicht zur Folge.

Lübeck, den 20. Febr. 1920.

Die Steuerbehörde.

Ueber Fragen auf dem Gebiete des Steuerrechts wird Steuerpflichtigen im Steueramt (Finanzamt) während der Dienststunden Auskunft erteilt und zwar in Erbschaftssteuer- und Grunderwerbsteuersachen Zimmer Nr. 2, in Besitz-, Kriegs- u. Umsatzsteuersachen, Zimmer Nr. 7. (13598

Lübeck, 25. Febr. 1920.

Mittwoch morgen 9¼ Uhr entschlief nach schweren Leiden meine liebe Frau, unsere gute Schwester und Schwägerin

Marie Seligmann
geb. Casper
im 60. Lebensjahre.

Sie war mir in meiner Leidenszeit stets eine treue Stütze.

Tiefbetrauert und schmerzlich vermißt von mir und allen Angehörigen.

Anton Seligmann.
Effengrube 14/4.

Die Beerdigung findet am Montag 1¾ Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes statt. (13687

Infolge Unglücksfalles entschlief heute mein lieber Mann, meines Kindes treusorgender Vater, unser guter Sohn, Bruder, Schwiegersohn und Schwager, der Rangierer (13631

Julius Schülke

im 31. Lebensjahre.
In tiefer Trauer im Namen der Hinterbliebenen
Elsa Schülke geb. Voht nebst Tochter u. allen Angehörigen.
Lübeck, 26. Febr. 1920.
Moisl. Allee 57 III.
Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 3. März, nachmittags 2¾ Uhr in der Kapelle des Vorwerk. Friedh. statt.

Hilfsarbeiterin für halbe Tage gesucht (13682
Engelswisch 57.

Gesundes ordentl. **Mädchen oder einfache Stütze** (Familienanschluß) zu bald. Antritt in best. ländl. Haushalt gesucht. (13629
Schwartau, Rieseburch 36.

Stenotypistin
(keine Anfängerin) oder Kontoristin zum sofortigen Antritt gesucht. Schriftl. Ang. an **H. Meyer & Co.,** (13610 Abt. Chemikalien.

Maurer
stellen ein (13617
H. Wandke u. Sohn
Geibelplatz 21.

Ein Tischler zum **Beizen von eichen Möbeln** und für Lagerarbeiten zu sofort gesucht. 13595
H. E. Rechs Möbelhäuser,
Mariesgrube 45.

Zu verk. 2 Herrenuhren. 13593) Fischstraße 5, part.

Kleiderschrank, Tisch, Spiegel, Schrank, Holzschuhe, 39 13606) Kl. Schrangen 1, II.

Ein Paar Herren-Stiefel, Gr. 43, zu verkaufen. 13594 Lindenstr. 57, part.

Zu verk. ein Photogr.-Appar., 9X12, m. Zub. u. e. schw. Hutfeder. 13576 Bei St.-Johannis 22, II, r.

Ein Paar Militärstiefel, Gr. 27, zu verk. 13621
Hansastr. 110, part.

Zu verk. 1 Frack mittl. Fig 13592) Hafenstraße 14, I.

Kinderstiefel, Gr. 28, 3 Marinemützen f. 4—5jähr. Kind, gr. Paletot, Sportw., etwas defekt, zu verk. 13599) Kottwitzstr. 20/22, I.

Ein fast neuer **Kaninchenstall** und eine **alte Bettstelle** zu verkaufen. 13624) Engelswisch 33/11.

Sch. D.-Tuchjack., H.-Rock, guterh. gebr. Sofa, n. Herrenstief., Schiebk.-Rad, Wringmasch. u. versch. Hundestr. 14

Mod. Frühjahrsmantel f. schl. Figur, auch passend für gr. Konfirmandin. (13597 Kronsf. All. 39a I. Eing. a. d. S.

2 junge Schlachthähne zu verkaufen. (13626 Josephinenstr. 17, I.

1 guterhalt. Klappsportwagen zu verkaufen. 13623) Gr. Kiesau 11, I.

1- u. 2-schläf. Bettstelle m. Sp.-Matratze u. Bettzeug z. verk. Schönböckener Str. 18

30 Stck. Stehglühstrümpfe gegen Höchstpr. abzugeb. 13609) Ang. u. **B L** a. d. Exp.

Konfirmanden-Anzug geg. Jünglings-Anzug zu vert. oder zu verk. Angeb. unter **M W** an die Exp. (13595

1 fast neuer blauer Anzug gegen guterh. Fahrrad zu vertauschen. Ang. unter **M M** a. d. Exp. (13568

Ein **Fußball** mit Blase zu kaufen ges. Angeb. m. Preis unter **Sch 24** an die Exp. d. Bl. (13605

1 Paar **Klavier-Leuchter** zu kaufen gesucht. Ang. u. **S A L** an die Exp. (13633

Zu kaufen gesucht ein **Kleiderschrank.** (13604
Schönböckenerstr. 10a.

Verl. a. 21. 2. ein roter gemieteter Rock z. Bauernkostüm. Abzug. g. Belohn. 13603) Kronsf. Allee 75.

Mieterschutz
Kleines Auskunftsbuch für Mieterkreise.
Herausgegeben von Direktor E. Abigt, Wiesbaden.
1.50 Mk.
Buchhandlung
Fr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46. (13502

Arbeiter-Notiz-Kalender
(Preis 3.50 M)
ist in Neuauflage erschienen und zu beziehen durch die
Buchhandlung
Fr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Sämtl. Maler- und Anstreicharbeiten
werden sauber und reell ausgeführt. (13602
Paul Gatermann,
Stockelsdorf,
Ahrensböcker Str. 50.

Belohnung.
Auf dem Wege von der Güterabfertigung Hauptbahnhof Lübeck bis zur Karlstraße ein Ballen von 14 kg Gummiringen verloren gegangen. Gegen Belohnung abzugeben bei der
Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft,
13614) Karlstr. 60—92.

Visitenkarten
fertigt an
Friedr. Meyer & Co.

Die **Konfirmandinnen** und **Konfirmanden,** die im Besitz eines Sammel- oder Sparbuches sind, werden aufgefordert, sich bis zum 2. März in unserer Sammelstelle Salzspeicher zu melden. (13635
Gemeinnützige Brockensammlung
Wirtschaftsausschuß.

Bilderleisten **einrahmungen** 13625
Oscar Tauchnitz, Glashdlg.
Fleischhauerst. 35. Frnr. 2808

Bei Schlaflosigkeit
gegen alle Neurosen des Zirkulations- und Zentralnervensystems, besonders bei nervöser Ueberreiztheit durch Berufsarbeit, epileptischen Krämpfen, Hysterie, nervösen Kopfschmerzen, nervösen Herzklopfen, Neurathenie, Neuralgie, nehme man als vollständig unschädliches, gutwirkendes Mittel (13618
Bilz Brombaldrian-Elixier.
Preis 6.— Mk. die Fl. Versand: **Grüne Apotheke, Erfurt.**

Kaufe Montag, den 1. und Dienstag, d. 2. März in Lübeck von 10 bis 6 Uhr
alte Gebisse
per Zahn bis **18, 20, 85, 250 Mk.**
Zentral-Hotel
Schüsselbuden 12, I. Etage, Zimmer 18.
13612) **Frl. Meyer.**

13377
Das **Zahnpulver No. 23**
Die Zahnpflege auf wissenschaftlicher Grundlage!
nach Zahnarzt Bahr
In Apotheken, Drogerien und Parfümerien

Haltbare Hosenträger
Weiche Kragen zum Selbstwaschen,
Krawatten 13581
Papier-Wäsche
Aug. Janensch
Sandstraße 6.

(13580
Haarwäsche mit Goldgriff
vernichtet verblüffend
5-fach stark, geruchlos mit Kopfwasch-Tabletten
Packung f. eine Kur ausreichend Mk. 3.75 Vorzugspackung Mk. 6
nur in rotgelben Karton in Apotheken und Drogerien.

Brauereien
Brauerei z. Walkmühle

Hansa-Brauerei A.G.
Lübeck.

Herrenartikel
Heinrich Waller
Breitestrasse 60
Herrenwäsche, Krawatten, Unterzeuge
Hüte, Schirme usw.

Lederhandlungen
Franz Schütt,
vorm. Carl Kahl. Hundestr. 44
Gerberei = Lederhandlung
Spez.: Pelzfell-Zurichterei

Praktischer Wegweiser
Erscheint wöchentl. einmal **empfehlensw. Geschäfte** Zurgefl. Beachtung empfohlen

Vollerts Reisebüro Lübeck T 8868
Nordische Verkehrs-Zentrale
Weltverkehrsauskunft
Versicherung und Beförderung von Reisegepäck

Bavaria-Brauerei
Hamburg-Altona
Niederlage Lübeck
Lindenstr. 58a Tel. Nr. 470

Die Biere der **Schloßbrauerei Kiel** werden überall bevorz.

Trinkt Lübecker Vereins-Bräu

Zigarrenhandlungen
Ad. Röhrich Holstenstraße 2. EckeSchüsselbud.

Jeder trinkt Lübecker Bürgerbräu
Aktienbierbrauerei Lübeck.

Weine
Wilhelm Rahfoth
Untertrave 113 Telephon 687
vorteilhafte Bezugsquelle von diversen Weinen u. Spirituosen

Ratzeburg
Ratzeburger Aktien-Brauerei

J. H. Pein
Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige Manufakturwaren • Spezialhaus für Betten, Bettfedern und Daunen • Herren- u. Knaben-Garderoben Arbeiter- und Berufskleidung. 13682